

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

52. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 10 · 30. November 2021

Regierungserklärung

Eine Woche nach seiner Wahl hat der neue Ministerpräsident Hendrik Wüst die Grundzüge seiner künftigen Arbeit dargelegt. Auf die Regierungserklärung folgte eine kontroverse Debatte. S. 4-5

Corona-Strategie

Die deutlich steigenden Coronazahlen haben den Landtag beschäftigt. Die Abgeordneten debattierten nach Unterrichtungen über die neuen Schutzmaßnahmen der Landesregierung. S. 6-7

Tempo 30

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften: Mit dieser Idee hat sich der Verkehrsausschuss befasst. Sachverständige äußerten sich zu der Forderung der Grünen. S. 15-17

Parlamentsgespräch

Das Thema „Antisemitismus“ stand im Mittelpunkt des neuen Parlamentsgesprächs, zu dem Präsident André Kuper eingeladen hatte. Das Impulsreferat hielt der Jurist und Publizist Prof. Dr. Dr. Michel Friedman. S. 24

Vereidigt Hendrik Wüst ist neuer Ministerpräsident



INHALT



Grafik: de Haar

Diskussion um Tempo 30

<u>Limit innerhalb geschlossener Ortschaften</u>	S. 15
<u>Standpunkte</u>	S. 16

Aus dem Plenum

<u>Wahl des</u>	
<u>Ministerpräsidenten</u>	S. 3
<u>Regierungserklärung</u>	S. 4
<u>Debatte um</u>	
<u>Corona-Strategie</u>	S. 6
<u>Meldungen</u>	S. 8
<u>Diskussion über die</u>	
<u>Finanzen</u>	S. 11
<u>Hambacher Forst</u>	S. 12
<u>Schulen und Schutzmasken</u>	S. 13
<u>Gesetzgebung</u>	S. 14

Forum

<u>Zukunft Europas</u>	S. 18
<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 20
Forum	
Serie: <u>Der Plenarsaal</u>	S. 22
<u>Parlamentsgespräch</u>	S. 24
Aus den Ausschüssen	
<u>Meldungen</u>	S. 25
Forum	
<u>Jugend-Landtag</u>	S. 26
Im Porträt	
<u>Daniela Beihl (FDP)</u>	S. 27
<u>Kurz notiert</u>	S. 28

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Wilkins (FDP), Désirée Linde (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 26. November 2021, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.
Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

„Es ist mir eine Ehre“

Landtag wählt Hendrik Wüst zum Ministerpräsidenten

27. Oktober 2021 – Hendrik Wüst ist neuer Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Der Landtag wählte den 46-jährigen CDU-Abgeordneten und bisherigen Verkehrsminister in einer Sondersitzung. Er ist der 12. Ministerpräsident in der Geschichte des bevölkerungsreichsten Bundeslandes.

Der Familienvater aus dem münsterländischen Rhede erhielt im ersten Wahlgang 103 von 196 gültigen Stimmen. Er übertraf damit bei der geheimen Abstimmung die notwendige Mehrheit von 100 Stimmen. 90 Abgeordnete stimmten mit Nein bei drei Enthaltungen.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, vereidigte den neuen Ministerpräsidenten nach dessen Wahl und wünschte ihm „viel Glück und Erfolg zum Wohle aller Mitbürgerinnen und Mitbürger“.

„Es ist mir eine Ehre, Nordrhein-Westfalen als Ministerpräsident dienen und mich in den Dienst der Menschen in diesem Land stellen zu dürfen“, sagte Wüst in einer kurzen Rede. Und: „Diese Wahl berührt mich und ich bin dankbar für das Vertrauen.“

Wüst dankte seinem Amtsvorgänger Ministerpräsident a.D. Armin Laschet für dessen Arbeit in den vorangegangenen vier Jahren. Er dankte auch seiner Familie, insbesondere seiner Frau und der in diesem Jahr geborenen Tochter. Sie sei „meine tägliche Glücksquelle und größte Motivation, unser Land jeden Tag noch etwas besser machen zu wollen. Politische Verantwortung zu übernehmen heißt für mich, Politik für die Zukunft unserer Kinder zu machen.“



Die Abgeordneten des Landtags verabschiedeten Ministerpräsident a. D. Armin Laschet (sitzend). Fotos: Schälte

Er sei sich der großen Verantwortung für das Land bewusst und nehme diese Aufgabe mit großem Respekt an. „Aber ich weiß auch, Mut und Aufbruch werden sich bezahlt machen.“

Zu Beginn der Sondersitzung hatte der Landtag Ministerpräsident a.D. Laschet verabschiedet. Laschet hatte sein Amt zwei Tage zuvor niedergelegt, um in die Bundespolitik zu wechseln.

Laschet erinnerte an die 16 Jahre, die er in verschiedenen Funktionen in der Landespolitik gearbeitet habe – in der Opposition und in zwei Landesregierungen. Er habe vieles erlebt – zunächst als Minister ohne Landtagsmandat, dann als Mandatsträger ohne Ministeramt, später als Fraktionsvorsitzender in der Opposition, schließlich als Ministerpräsident. „Jede Rolle ist gleichermaßen wichtig für das Land“, betonte

Laschet. Das kritische Hinterfragen in der Opposition sei wichtig, dabei dürfe

die Opposition jedoch nicht der Versuchung erliegen, Ressentiments und Hass zu schüren, sagte er in Erinnerung an die Flüchtlingskrise im Jahr 2015. Zu regieren erfordere auf der anderen Seite, mit der Macht verantwortungsvoll umzugehen.

Dem Landtag dankte Laschet für das faire Miteinander und den demokratischen Wettstreit. „Es war mir eine Freude, es war mir eine Ehre. Glück auf und Gottes Segen für unser Land Nordrhein-Westfalen.“

„Die Route wird neu berechnet“

Präsident Kuper beschrieb Laschet als jemanden, der stets bereit zu Aufbruch und Neubeginn sei. Das Leben als Politiker in einer Demokratie erfordere diese Bereitschaft im Besonderen. An den ehemaligen Ministerpräsidenten gewandt sagte Kuper: „Die Sacharbeit und der Mensch kamen nicht zu kurz und dafür gebührt dir der aufrichtige Dank dieses Parlaments.“ Er lobte die „verbindende Art“, die Laschet habe. „Kompromisse zu finden, ohne den eigenen Kompass zu verlieren, das zeichnet dich neben vielem anderen aus.“ Mit Blick auf Laschets Wechsel nach Berlin sagte er: „Die Route wird neu berechnet. Lieber Armin, dich begleiten nun die besten Wünsche aus dem Parlament. Alles Gute, Glück auf und Gottes Segen.“

Der neue Ministerpräsident Hendrik Wüst gehört dem Landtag seit 2005 an. Wüst trat 1992 in die CDU ein und war von 2000 bis 2006 Vorsitzender der Jungen Union Nordrhein-Westfalen. Von 2006 bis 2010 war er Generalsekretär der Landes-CDU. Zwischen 2010 und 2017 fungierte er als wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Nach der gewonnenen Landtagswahl 2017 ernannte ihn der damalige Ministerpräsident Laschet zum Verkehrsminister der Landesregierung von CDU und FDP. *red*

Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), nahm dem neuen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst den Amtseid ab.



Kursbestimmung – Erste Regierungs

3. November 2021 – Digitalisierung, Klimaschutz, Ausstieg aus der Kohleverstromung oder Kinderschutzgesetz: Eine Woche nach seiner Wahl hat Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) in seiner ersten Regierungserklärung die Schwerpunkte seiner Arbeit vorgestellt. Die Rede rief ein unterschiedliches Echo hervor.

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) sagte, er stehe für eine „Politik der Mitte“, in der soziales Miteinander und wirtschaftlicher Erfolg zusammengehörten. Wüst betonte: „Ich lade Sie herzlich ein: Lassen Sie uns gemeinsam durchstarten. Für ein Land, das alle Chancen hat. Für ein Land, das seine Chancen mutig nutzt.“ Wüst sprach von Erfolgen der Landesregierung in den vergangenen viereinhalb Jahren. Damit werde man sich aber nicht zufriedengeben. Angesichts steigender Infektionszahlen forderte er in der Corona-Pandemie ein abgestimmtes Handeln der Bundesländer mit dem Bund und „umfassende Booster-Impfungen“. Er kündigte ein „Kinderschutzgesetz“ an und dass er NRW zum „digitalen Bildungsland“ machen wolle. So sollten Schulen in sozialen Brennpunkten eine „Vollausstattung mit digitalen Endgeräten“ erhalten. Davon profitierten rund 370.000 Schülerinnen und Schüler.

Als größte Aufgabe der Zeit nannte er den Klimaschutz. Wüst: „Wirklich das Klima schützen, das geht nur, wenn wir der Welt zeigen, wie



Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

man dabei zugleich gute Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit bewahrt.“ Der Ministerpräsident betonte, das Land sei zu einem Ausstieg aus der Kohle schon 2030 bereit. Bislang ist ein Ende bis 2038 geplant. Dazu gehörten ein forciertes Ausbauen der erneuerbaren Energien und Anreize, damit „Alternativen für eine sichere Stromversorgung“ ausgebaut würden. Den Betroffenen der Unwetterkatastrophe von Juli sagte er die Unterstützung beim Wiederaufbau zu. Das Land werde seine Anstrengungen „auf allen Ebenen verstärken“.

„Schwelgen in Erinnerungen“

„Das war keine Regierungserklärung, das war ein Schwelgen in Erinnerungen“, reagierte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** auf die Rede Wüsts. Wer aber zu viel in den Rückspiegel schaue, komme nicht sicher nach vorne. Zudem habe die gezogene Bilanz nichts mit der Realität zu tun. Ob Investitionsquote, der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Lehrermangel, die Mietpreise oder das Kita-Angebot: „Was sinken sollte, steigt, und was wachsen musste, schrumpft bei Ihnen“, urteilte Kutschaty. Ebenso schrumpfte der Änderungswille dieser Landesregierung. Lediglich drei neue Ansätze habe er vernommen:

ein Kinderschutzgesetz, weitere digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern sich diese nicht leisten könnten, und ein denkbarer Kohleausstieg im Jahr 2030 – sofern der Bund für den Ausbau der erneuerbaren Energien Sorge. Dieses Prinzip ziehe sich durch: Was angepackt werden müsse, solle der Bund erledigen. Faire Löhne oder ernsthafte Strukturpolitik seien gar nicht erst zur Sprache gekommen.

Sein Vorredner habe eine „rüpelhafte“ und von „Miesepetrigkeit“ geprägte „Wahlkampfrede“ gehalten, kritisierte CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. Während die SPD lediglich „mehr Staat, mehr Staat, mehr Staat“ fordere, verfolge die neue Landesregierung eine Strategie des Handelns. Acht „Entfesselungspakete“ mit mehr als 150 Einzelmaßnahmen, die Einführung einer E-Akte in der Justiz sowie der Abbau von Bürokratie durch Digitalisierung in der Verwaltung seien Beispiele für „den Gestaltungswillen und die Gestaltungskraft dieser Landesregierung zum Nutzen für uns alle“. Die Ziele der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen führten Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft. „Wir treffen Entscheidungen im Bewusstsein, das Richtige zu tun, nicht das Populäre“, sagte Löttgen. Und: „Wir bleiben Industrie- und Energieland, Wirtschaftsland, Innovations-, Kreativ- und Hochschulland, untrennbar verbunden mit sozialer Marktwirtschaft und dem Anspruch, das soziale Gewissen Deutschlands zu sein.“

Die Rede des Ministerpräsidenten habe offenbar Aufbruch suggerieren sollen, sagte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Stattdessen habe es „sehr viel Weiter so“ und „sehr viel Rückschau“ gegeben. Beim Klimaschutz könne vom „Zauber eines Neuanfangs“ keine Rede sein. Auch sei Wüst eine Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie NRW klimaneutral werden könne. Solange die Landesregierung den Ausbau der Windenergie eher behindere, als



Ministerpräsident
Hendrik Wüst (CDU)

Erklärung von Ministerpräsident Wüst



Josefine Paul (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Markus Wagner (AfD)

ihn voranzutreiben, „wird der Ausbau der Erneuerbaren nicht den notwendigen Schub bekommen“. Nordrhein-Westfalen sei die stärkste Industrieregion Europas und müsse auch „zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas werden“, sagte Paul. Von einem „industriepolitischen Zukunftskonzept“ habe sie in Wüsts Rede aber nichts gehört. Die nächste Landesregierung müsse eine „Klimaregierung“ sein, weil es beim Klimaschutz um die Menschen gehe – „um den Erhalt guter und zukunftsfester Arbeitsplätze und damit nicht zuletzt um die Frage des sozialen Zusammenhalts“.

„Geist der NRW-Koalition“

„Die Regierungserklärung trägt den Geist der NRW-Koalition weiter“, bekräftigte [Christof Rasche](#), Vorsitzender der FDP-Fraktion. Die FDP freue sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Ministerpräsidenten. Gemeinsam werde man den 2017 begonnenen Politikwechsel fortsetzen und für die Menschen arbeiten. Diese hätten sich u.a. bessere Bildung, mehr Sicherheit und bezahlbaren Wohnraum gewünscht, ebenso mehr Klimaschutz,

weniger Bürokratie und mehr Freiheit. Die „NRW-Koalition“ mache den Unterschied, sagte Rasche zu Erfolgen der Regierung. Auch in der Pandemie stehe NRW gut da und sei erfolgreich mit verhältnismäßigen Regeln statt Angstverbreitung. Bis zur Landtagswahl wolle die Koalition u.a. ein Mittelstandsgesetz verabschieden, einen Bürokratie-Tüv einführen, eine Energieversorgungsstrategie entwickeln, den Katastrophenschutz verbessern, Initiativen für den ländlichen Raum und fürs Handwerk ergreifen, das Versammlungsgesetz handhabbar ausgestalten und den sozialen Zusammenhalt stärken.

In seiner Regierungserklärung habe Ministerpräsident Wüst kaum neue Inhalte präsentiert und lediglich „Plattitüden“ aneinandergereiht, kritisierte AfD-Fraktionschef [Markus Wagner](#). Neu sei nur der Vorschlag gewesen,

eine Ministerpräsidentenkonferenz zu Corona anzuberaumen, der jedoch bereits abgelehnt worden sei. Nach den Worten von Wagner müsse Wüst mehr für die Kriminalitätsbekämpfung tun. Er müsse für mehr Personal bei der Polizei sorgen, diese besser ausstatten, die Grunderwerbssteuer abschaffen, Staus verhindern und in Brüssel gegen die „Null-Zins-Politik“ der EU protestieren, damit Sparer wieder Zinsen erhielten. Das sei „echte Sozialpolitik“. Wagner forderte zudem, ausreisepflichtige Zuwanderer abzuschieben und Rundfunkgebühren abzuschaffen. „Unsinnige“ Haushaltsposten müssten gestrichen und Schulden getilgt werden. Bis zur Landtagswahl im Mai 2022 habe Wüst Zeit, all das umzusetzen. Ansonsten werde die AfD dies tun, „wenn wir regieren. Das verspreche ich Ihnen“.

wib, sow, tob, zab

Fotos: Schälte



Corona-Pandemie – Debatte über

24. November 2021 – Höchststände bei den Neuinfektionen, mehr Covid-19-Patientinnen und -Patienten in den Kliniken und auf den Intensivstationen: Eine Woche nach der Ministerpräsidentenkonferenz hat der Landtag erneut darüber diskutiert, wie die vierte Welle der Corona-Pandemie gebrochen werden kann.

Die kontroverse Debatte begann mit einer Unterrichtung durch Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU). In Verbindung damit wurden zwei Anträge von SPD und AfD für eine Aktuelle Stunde sowie ein Eilantrag der Grünen beraten.

Die SPD kritisierte in ihrem Antrag (17/15668), dass die Umsetzung der neuen Maßnahmen noch unklar sei. Dies müsse „schnellstmöglich kommuniziert und dann in die Tat umgesetzt werden, um die vierte Welle der Corona-Pandemie zu brechen und weiteren Schaden abzuwenden“. Die AfD warf der Landesregierung in ihrem Antrag (17/15669) vor, mit der Einführung der 2G-Regel im Freizeitbereich zu einer „Spaltung der Gesellschaft beizutragen“.

In ihrem Eilantrag (17/15667) forderten die Grünen vor dem Hintergrund des Auslaufens der epidemischen Lage zum 24. November 2021, der Landtag müsse die Anwendbarkeit bestimmter Bereiche des neuen Infektionsschutzgesetzes feststellen. Nur so könnten weitergehende Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie angeordnet werden wie die Absage von Sport- und Freizeitveranstaltungen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Impfappell

Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) sprach in seiner Unterrichtung von einer ernsten Lage. Die Situation in den Krankenhäusern sei angespannt, die Zuwächse an Covid-19-Patientinnen und -Patienten machten ihm Sorgen. Er appellierte an alle noch unentschiedenen Bürgerinnen und Bürger: „Bitte lassen Sie sich impfen!“ Damit schützten sie sich selbst, und es sei „ein Akt der Solidarität“. Laumann betonte,

die Landesregierung arbeite mit Hochdruck an der Beschleunigung des Impfgeschehens. Neben der Erhöhung des Impftempos würden mit 2G im Freizeitbereich und 3G am Arbeitsplatz konsequente Regeln umgesetzt. Ziel sei, einen neuen Lockdown zu vermeiden.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** kritisierte, NRW „renne der Lage hinterher“. Dass die vierte Coronawelle auch das Land treffen werde, sei seit Langem klar. Doch erst am Vortag habe die Landesregierung eine neue Corona-Schutzverordnung erlassen, drei Wochen zu spät. Kutschaty forderte zusätzlich zu den bereits getroffenen Maßnahmen u. a., die Maskenpflicht in Schulen wieder einzuführen. Die Impfkampagne im Land sei „keine Erfolgsgeschichte“. Es fehle an Infrastruktur. Er sprach sich auch für eine Impfpflicht aus. Diese komme für die vierte Welle zu spät. Um eine fünfte Welle zu verhindern, werde man aber nicht auf sie verzichten können.

„Die Bekämpfung der Pandemie ist ohne die Akzeptanz der Menschen nicht möglich“, sagte **Peter Preuß** (CDU). Es gehe um „Maßnahmen, die wirkungsvoll, angemessen und verhältnismäßig seien“. In diesem Rahmen handle die Landesregierung. Politik müsse abwägen und dürfe das Risiko im Interesse aller nicht unterschätzen, sagte Preuß. Sie müsse aber den

„Freiheitswillen und die Eigenverantwortung respektieren“. Einigen gingen die Maßnahmen nicht weit genug, andere hielten sie für übertrieben. Wichtig sei, dass sie umsetzbar seien. Die Impfmöglichkeiten müssten zudem deutlich ausgeweitet werden. Dies geschehe auch.

Die Zahlen seien erschreckend, die Situation sei sehr ernst, sagte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Dass die Lage in Nordrhein-Westfalen noch nicht so dramatisch sei wie in

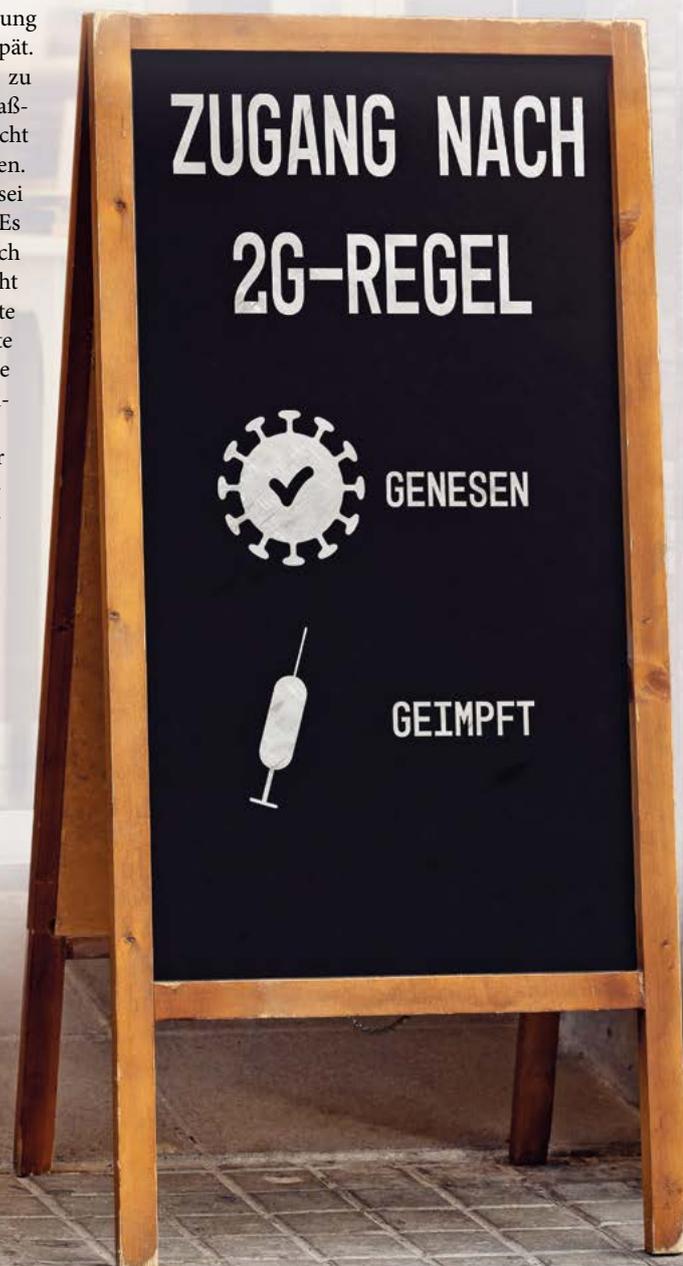


Foto: Adobe Stock / Bihlmayerfotografie

Maßnahmen gegen die vierte Welle

anderen Teilen Deutschlands, dürfe „nicht zu politischer Nachlässigkeit führen“. Maßnahmen, um die vierte Welle zu brechen, „müssen konsequent nachvollziehbar und vor allem auch schnell umgesetzt werden“, sagte Paul. Für sie sei unverständlich, dass von den Ankündigungen des Ministerpräsidenten, strengere Regeln einzuführen, bis zur Umsetzung in der Corona-Schutzverordnung zwei Wochen vergangen seien. Sie hielt der Landesregierung „Planlosigkeit“ vor.

„Der Kurs passt“

Nordrhein-Westfalen stehe im Vergleich zu anderen Ländern bei Indikatoren wie Impfen, Testen in Schulen, Hospitalisierungsrate und Boostern aktuell gut da, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. In Bayern und Sachsen dagegen sei „nicht das Optimale“ geleistet worden. Das neue Infektionsschutzgesetz des Bundes ermögliche es den Ländern, wirksame Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Mit Blick auf die Zukunft müssten sich Parteien der Debatte um die Einführung einer Impfpflicht stellen, ohne eine Entscheidung vorwegzunehmen. Aktuell gelte in Nordrhein-Westfalen: „Der Kurs der Corona-Politik der NRW-Koalition passt.“

Unter den Corona-Infizierten befänden sich viele, die zuvor geimpft worden seien, sagte **Dr. Martin Vincentz** (AfD). Es zeige sich, dass eine Impfung nicht der „Piks in die Freiheit“ sei – auch in Gibraltar: Dort liege die Inzidenz aktuell bei mehr als 1.000, obwohl die Impfquote nahezu 100 Prozent erreicht habe. In Deutschland wiederum habe es die Politik verschlafen, wirksame Test- und Schutzkonzepte für gefährdete Räume zu erstellen und in die Erforschung von Medikamenten zu investieren. Zudem fehle eine „ordentliche Datengrundlage“ zum Infektionsgeschehen und zur Hospitalisierungsrate. *wib, zab, tob*

Unterrichtung vor der Bund-Länder-Konferenz

17. November 2021 – Bereits eine Woche zuvor, am Tag vor der Bund-Länder-Konferenz zur weiteren Bekämpfung der Corona-Pandemie, hatte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) den Landtag über neue Maßnahmen unterrichtet. Dazu gehörten u. a. Zugangsbeschränkungen für Erwachsene, die nicht geimpft oder genesen sind (2G-Regel). Es schloss sich eine kontroverse Debatte an.

Die 2G-Regel gilt im Freizeitbereich, u. a. in Restaurants und auf Weihnachtsmärkten. In besonders sensiblen Fällen, beispielsweise bei Karnevalssitzungen, gibt es die 2G-plus-Regel: Das heißt, dass Geimpfte und Genesene zusätzlich einen aktuellen negativen Coronatest vorweisen müssen. Für Kinder gelten abweichende Regelungen.

Die Coronalage habe sich mit Rekordwerten verschärft, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Drei zentrale „Instrumente“ zur Pandemiebekämpfung seien nun wichtig: Vorsicht, Impfen und Testen. Wer Coronaregeln missachte, müsse künftig mit höheren Strafen rechnen. Für Kinder wiederum dürfe es möglichst wenig Einschränkungen geben.

Maskenpflicht an Schulen?

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** kritisierte, dass Ministerpräsident Wüst früher hätte handeln müssen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Es dürfe kein Tag gewartet werden, um die 2G-Regel einzuführen. Es sei zudem ein großer Fehler gewesen, die Impfzentren zu schließen und die Maskenpflicht an Schulen aufzuheben.

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** warf der SPD vor, vom Versagen der eigenen Partei ablenken zu wollen. Der wahrscheinliche neue Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sei in der

Coronakrise „abgetaucht“. Löttgen betonte, die Landesregierung habe ein „glasklares Konzept“ im Kampf gegen die Pandemie. Sie sei in jeder Minute handlungsfähig.

Das Land sei keineswegs, wie vom Ministerpräsidenten behauptet, „vor der Lage“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Die Landesregierung hätte früher handeln müssen. Dies sei aber offensichtlich von der FDP verhindert worden. Die Maßnahmen, die nun beschlossen worden seien, würden frühestens in 14 Tagen Wirkung entfalten.

Zur Verantwortung gehöre es, „die Zügel anzuziehen“, wenn die Lage dies erfordere, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Dieser Kurs verbinde die „NRW-Koalition“ aus CDU und FDP von Anfang an. Er sprach von „herorragenden Ergebnissen“ in Nordrhein-Westfalen im Kampf gegen die Pandemie – etwa bei Impfquote, Inzidenz und Hospitalisierung.

Ungeimpfte dürften nicht für das „Versagen“ der Politik verantwortlich gemacht werden, sagte **Dr. Martin Vincentz** (AfD). Angeblich liege es an den Ungeimpften, dass „gegebenfalls bald wieder Operationen verschoben werden und Menschen sterben müssen“. Dabei seien „verzweifelte Hilferufe aus der Intensivpflege“ seit Jahren überhört worden.

Ein Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion ([17/15652](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt. *tob, wib, zab*

Foto: Adobe Stock / CREATIVE WONDER





AUS DEM PLENUM

Bahnhöfe

3.11.2021 – Die SPD-Fraktion bemängelt einen „jämmerlichen Zustand“ von zahlreichen Bahnhöfen und Haltepunkten in Nordrhein-Westfalen. Zu viele kleine und mittlere Stationen seien „in einem fortschreitenden Zustand der Verwahrlosung“, heißt es in einem Antrag ([17/15462](#)), mit dem sich der Landtag befasste. Viele große Bahnhöfe und das unmittelbare Umfeld seien „Kriminalitätsschwerpunkte“. Bürgerinnen und Bürger nähmen diese Bahnhöfe als Angsträume wahr. „Für eine aus verkehrs- und klimapolitischen Gründen dringend notwendige Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs – im Rahmen der notwendigen und umfassenden Verkehrswende – und für das Bestreben, im ‚Pendlerland NRW‘ mehr Menschen vom Auto auf die Schiene und auf andere öffentliche Mobilitätsangebote zu locken, ist das in jeder Hinsicht kontraproduktiv!“, heißt es in dem Antrag weiter. Die Fraktion fordert die Landesregierung u. a. auf, an den großen Schwerpunktbahnhöfen

für eine bessere Vernetzung der für die Sicherheit zuständigen Akteure zu sorgen. Zudem müsse die Funktion einer „Bahnhofsaufsicht“ geschaffen werden als Ansprechperson für die Fahrgäste. Diese Personen sollten auch auf das Erscheinungsbild der Bahnhöfe achten. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss (federführend) überwiesen.

Pflege

3.11.2021 – Die AfD-Fraktion fordert, dass dem Personalmangel in der Pflege entgegen gewirkt werden müsse. Laut Angaben des Statistischen Bundesamts fehlten im Jahr 2025 voraussichtlich rund 112.000 Pflegerinnen und Pfleger in Vollzeitstellung, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([17/15453](#)), über den die Abgeordneten debattiert haben. Pflegekräfte bräuchten „genügend Zeit für die Betreuung der einzelnen Patienten, mehr Anerkennung, Mitarbeitergespräche und bessere Modelle der Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Auch mehr Wertschätzung, finanzielle

Entlohnungen und berufliche Weiterbildungsmaßnahmen könnten das Berufsbild attraktiver gestalten. Die Landesregierung müsse u. a. einen „Runden Tisch“ mit allen beteiligten Akteuren einrichten. Ausbildungsprämien und Weiterbildungsstipendien seien zu prüfen und landesweit einzuführen. Neben dem Projekt „Intro NW“ brauche es weitere Projekte und Fördermöglichkeiten für Pflegekräfte. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz

4.11.2021 – Der Landtag hat in 2. Lesung das „Gesetz zur Einführung des Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes“ ([17/13977](#) und [17/15496](#)) verabschiedet. Für den Entwurf der Landesregierung stimmten die Fraktionen von CDU und FDP. SPD, Grüne stimmten dagegen, die AfD enthielt sich. Ziel des Gesetzes ist nach

Neue Abgeordnete



Der Präsident des Landtags, André Kuper (Bild r.), hat am 27. Oktober und 3. November 2021 insgesamt fünf neue Landtagsabgeordnete verpflichtet.

Anlass war der Wechsel von Abgeordneten in den Bundestag. Rainer Spiecker (60/CDU/l.) aus Wuppertal rückte für Ministerpräsident a. D. Armin Laschet nach. Auf den Abgeordneten Henning Rehbaum (CDU) folgte Ulla Thönnissen (58/CDU/2.v.l.) aus Aachen, auf Dr. Stefan Nacke (CDU) Benno Portmann (52/CDU/r.) aus Recklinghausen. Bei der SPD-Fraktion rückte Nina Andrieshen (41/Mitte) aus Bocholt für Jürgen Berghahn nach, bei der AfD-Fraktion Uta Opelt (50) aus Düsseldorf für Roger Beckamp.

Fotos/Montage: Schälte/de Haar



Angaben der Landesregierung, Grundlagen zur Verbesserung des Radverkehrs, aber auch des Fußverkehrs zu schaffen. Radfahrerinnen und Radfahrern sowie Fußgängerinnen und Fußgängern solle „eine sichere Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt“ werden. Verkehrsmittel sollten dabei „nicht gegeneinander ausgespielt und Verkehrsteilnehmende nicht in der Wahl ihrer Verkehrsmittel bevormundet werden. Es besteht keine Bewertungshierarchie der unterschiedlichen Verkehrsmittel, sondern eine Gleichrangigkeit. Das Fahrrad erhält diesen Status mit dem geplanten Gesetz erstmals“, so die Landesregierung in ihrem Entwurf weiter. Das Fahrrad sei „ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Mobilität“. Es sei umwelt- und klimafreundlich, flexibel und gesundheitsfördernd und leiste zudem einen Beitrag zur Minderung der Luft- und Lärmbelastung. Der Entwurf der Grünen-Fraktion für ein „Gesetz zur Einführung eines Radverkehrsgesetzes sowie zur Änderung weiterer Gesetze“ ([17/14257](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Große Anfrage: Digitalisierung

4.11.2021 – Der Landtag hat über eine Große Anfrage der Grünen-Fraktion zum Thema „Digitalisierung“ ([17/13198](#)) sowie die Antwort der Landesregierung ([17/15002](#)) debattiert. In der Großen Anfrage („Digital First oder NRW Second – Wie ist die schwarz-gelbe Digitalisierungsbilanz?“) stellt die Fraktion insgesamt 512 Einzelfragen zu elf Themenkomplexen. Es geht u. a. um „Ziele, Werte und Strukturen der Digitalpolitik“, „Innovation durch Digitalisierung“, „Digitale Wirtschaft und Startup-Förderung“, „Digitalisierung und Klimaschutz“ sowie „Digitale Demokratie“. Die Antwort der Landesregierung umfasst einschließlich aller Anlagen 1.299 Seiten. Digitalisierung sei kein Selbstzweck, sondern werde „in den Dienst für die Menschen gestellt“, heißt es darin. Und weiter: „Damit sind Verbesserungen – etwa für gesellschaftliche Teilhabe, im Gesundheitsbereich oder für eine moderne Arbeitswelt – verbunden ebenso wie Beiträge zu den großen gesellschaftlichen Aufgaben wie dem Klimaschutz, der mit

technologiegetriebenen Lösungen vorangetrieben wird.“ Man habe die Digitalisierung „zu einem der zentralen Themen der neuen Legislaturperiode gemacht“.

Erinnerungsort am Landtag

5.11.2021 – Das Betonsegment der Berliner Mauer in unmittelbarer Nähe des nordrhein-westfälischen Landtags soll als „Erinnerungsort an die deutsche Teilung“ erhalten und aufgewertet werden. Einen entsprechenden Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/15457](#)) hat der Landtag mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD beschlossen. SPD und Grüne enthielten sich der Stimme. Erforderlich seien Gespräche mit der Landeshauptstadt Düsseldorf. Man wolle an das Unrecht erinnern, dass die Opfer der SED-Diktatur erlitten hätten, heißt es im Antrag. „Es ist für uns heute ein Symbol für die Kraft von Freiheit und Selbstbestimmung, zudem aber auch ein Mahnmal für deren immerwährende Gefährdung. Daher ist es unsere Verpflichtung, dieses Segment als

Neues Landeskabinett

Am 3. November 2021 hat der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.r.), die Mitglieder der neuen Landesregierung vereidigt. Die zwölf Ministerinnen und Minister leisteten vor dem Parlament den Amtseid. Neue Verkehrsministerin als Nachfolgerin von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU/r.) ist die CDU-Politikerin Ina Brandes (4.v.l.). Weitere Veränderungen gegenüber dem Kabinett von Ministerpräsident a. D. Armin Laschet nahm Wüst nicht vor. Foto: Schälte





historisch-politisches Erbe zu schützen und zu pflegen“, schreiben die Fraktionen.

Hochschulen und China

5.11.2021 – Die Abgeordneten haben sich mit der Großen Anfrage „Hochschulkooperationen mit der Volksrepublik China“ der Grünen-Fraktion ([17/13825](#)) sowie der Antwort der Landesregierung ([17/15313](#)) beschäftigt. Die Universität Düsseldorf habe im Jahr 2020 einen Vertrag mit dem Konfuzius-Institut Düsseldorf auslaufen lassen, „da die Hochschulleitung nicht vollständig ausschließen konnte, dass die chinesische Staatsdoktrin Einfluss auf die Arbeit des Instituts nehme“, schreiben die Grünen in ihrer Anfrage. Solche Fragen des Einflusses stellten sich auch bei weiteren Kooperationen von Hochschulen aus Nordrhein-Westfalen mit Akteuren aus China. Die Große Anfrage enthält 36 Fragen zur Zusammenarbeit nordrhein-westfälischer Hochschulen mit der Volksrepublik China in den vergangenen 20 Jahren. Für ihre Antwort hat die Landesregierung 41 Hochschulen befragt. Die Angaben der Hochschulen zeigten, „dass die nordrhein-westfälischen Hochschulen in Bezug auf ihre Kooperationen mit chinesischen Partnern einen besonders hohen Grad der Sensibilisierung aufweisen“, so die Landesregierung.

Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“

24.11.2021 – Die Abgeordneten haben sich abschließend mit den Anliegen der Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“ befasst ([17/14408](#), [17/14881](#), [17/15648](#) Neudruck). Die Initiative hatte nach eigenen Angaben zuvor rund 115.000 Unterschriften eingereicht und damit das nötige Quorum erreicht, damit der Landtag das Thema behandelt. In ihrem Antrag (Vorlage [17/3616](#)) warb die Initiative unter dem Motto „Insekten retten – Artenschwund stoppen“ für Handlungsvorschläge zur Verbesserung der biologischen Vielfalt in NRW. Dazu sollten acht Maßnahmen umgesetzt und verbindlich in Landesgesetze aufgenommen werden. Die Initiative forderte u. a., den Flächenfraß zu stoppen,

Schutzgebiete wirksam zu schützen, naturnahe und wilde Wälder zuzulassen und die naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranzubringen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD-Fraktion und die Grünen-Fraktion stimmten dafür. Ein Entschließungsantrag von SPD und Grünen ([17/15677](#)) wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Entschließungsantrag von CDU und FDP ([17/15755](#)), mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, mehrere Maßnahmen zur Stärkung des Artenschutzes auf den Weg zu bringen.

Aktuelle Stunde

26.11.2021 – Wie es mit dem angeschlagenen Regionalbahnunternehmen Abellio weitergeht, war Thema einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde. Abellio werde seinen Betrieb in Nordrhein-Westfalen laut Medienberichten voraussichtlich zum 1. Februar 2022 einstellen, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag ([17/15670](#)). Ursache sei eine „nicht auskömmliche Finanzierung der erbrachten Verkehrsleistungen“. **Carsten Löcker** (SPD) sagte, Arbeitnehmende von Abellio machten einen „guten Job“. Das System des schienengebundenen Personennahverkehrs sei jedoch chronisch unterfinanziert. Es brauche mehr Geld im System und ein anderes Betreibermodell – für mehr Pünktlichkeit und mehr Qualität im Bahnverkehr. **Wilhelm Hausmann** (CDU) erwiderte, die Unterfinanzierung habe ihre Ursache in einer „jahrzehntelangen Vernachlässigung“ durch Rot-Grün. Die SPD wolle zurück zur „Preußischen Staatsbahn“. Die Landesregierung dagegen mache „Tempo“ beim Ausbau des Bahnverkehrs und werde Planungs- und Genehmigungsverfahren vorantreiben. **Arndt Klocke** (Grüne) sprach von einer „schwierigen Situation“ bei Abellio. Es sei eine „zentrale Weichenstellung“ vorzunehmen. Die Frage sei, ob es mit den Verkehrsverbänden wie bisher weitergehe. Man müsse über eine Landesverkehrs- oder Landeseisenbahngesellschaft wie in anderen Bundesländern nachdenken. **Ulrich Reuter** (FDP) nannte die Leistungen von Abellio „systemrelevant“. Das Unternehmen sei jedoch

wegen gestiegener Personalkosten und unverschuldeter Verspätungen in Schieflage geraten und habe sich verkalkuliert. Es gehe nun um die Zukunft der Belegschaft und die Fahrgäste. Kritik an der Landesregierung wies Reuter zurück. **Nic Peter Vogel** (AfD) sprach von einem strukturellen Problem, das auch andere Bahnunternehmen einholen werde. Er forderte die Verkehrsministerin auf, „nicht vom Spielfeldrand“ zuzuschauen. Sie müsse dafür sorgen, dass viele Akteure auf dem Markt blieben. Wenn es keinen Wettbewerb gebe, werde „das Wasser in der Wüste sehr teuer“. Verkehrsministerin **Ina Brandes** (CDU) versicherte, die Landesregierung sei im engen Austausch mit den Aufgabenträgern. Ziel sei eine verlässliche Lösung für die Kundinnen und Kunden sowie die Mitarbeitenden. Dafür werde das Land auch Mittel zur Verfügung stellen. Mit Blick auf die SPD sagte sie: „Sie schimpfen, wir arbeiten.“

Situation von Familien

26.11.2021 – Die „Situation und Entwicklung von Familien in Nordrhein-Westfalen“ standen im Mittelpunkt einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion ([17/13591](#)). Mit der Anfrage und der Antwort der Landesregierung ([17/15137](#)) befasste sich nun der Landtag. Die SPD hatte Fragen u. a. zu den Bereichen „Familienstruktur“, „Ökonomische Lebenssituation von Familien“ und „Gesundheit, Sicherheit und Wohlbefinden von Familien“ gestellt. Die Fraktion bemängelt, dass die Landesregierung bislang keinen Landesfamilienbericht erstellt habe. Um die Lebenssituation von Familien stetig zu verbessern, bedürfe es einer regelmäßigen Bewertung der aktuellen Lage und Entwicklung der Situation von Familien in Nordrhein-Westfalen. Die Antwort der Landesregierung umfasst mehr als 500 Seiten. In der Vorbemerkung heißt es u. a., dass das heutige Familienbild immer vielfältiger werde. Neben der traditionellen Familienform, die zahlenmäßig unverändert am weitesten verbreitet sei, gebe es heute Familien als Ein-Eltern- oder Mehrkindfamilien, in Patchwork- oder Adoptivfamilien. Auch Regenbogenfamilien oder Wahlfamilien bildeten das Zusammenleben heutiger Familien ab.

Diskussion über die Finanzen

2. Lesung des Haushaltsentwurfs 2022

24. November 2021 – In der 2. Lesung hat der Landtag an zwei Tagen und in mehr als 13 Stunden im Detail die Einzelpläne des Haushaltsentwurfs für 2022 debattiert. Die Lesung begann mit einer kontroversen Grundsatzdebatte zur Haushaltspolitik der Landesregierung.

Stefan Zimkeit (SPD) warf der Landesregierung vor, dass sie in der Haushaltspolitik an ihren eigenen Ansprüchen gescheitert sei. So habe ihr der Landesrechnungshof kürzlich beim geplanten Schuldenabbau ein „krachendes“ Scheitern attestiert. Und mit dem letzten Haushaltsentwurf der Legislaturperiode verpassten CDU und FDP die Chance, den Kurs zu ändern. Zimkeit kritisierte, dass notwendige Investitionen in die Zukunft fehlten. Er nannte u. a. den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft, die Bildung und mehr Geld für die Krankenhäuser. So habe die Landesregierung „weltbeste Bildung“ versprochen, schaffe aber nicht einmal „Kreisklasse“.

Jochen Klenner (CDU) sagte, die SPD schaue derzeit nur auf die Landtagswahl im Mai 2022. Die Koalition von CDU und FDP habe dagegen die künftigen Generationen im Blick. Die rot-grüne Vorgängerregierung habe „über ihre Verhältnisse“ gelebt. Als CDU und FDP 2017 die Regierung übernommen hätten, sei das Land „heruntergewirtschaftet“ gewesen. Schwarz-Gelb habe dies beendet und Nordrhein-Westfalen „zum Aufsteigerland“ gemacht. Klenner nannte u. a. 1,2 Milliarden Euro mehr an Investitionen in die Innere Sicherheit seit 2017 und 3 Milliarden mehr an schulischen Mitteln. Auch die Klinikinvestitionen seien angewachsen.

Mit dem letzten Haushalt der Legislaturperiode habe die Landesregierung auch die „allerletzte Chance“ auf Glaubwürdigkeit verspielt, sagte **Monika Düker** (Grüne). Den Ankündigungen seien keine Taten gefolgt, die Bilanz

des Finanzministers sei „mehr als ernüchternd“. Düker sprach u. a. die Investitionsquote an: „Sie starteten mit 9,6 Prozent im Jahr 2018, und sie soll 2022, so Ihre Planung, auf 10,2 Prozent steigen.“ Das seien „homöopathische Dosen“ und werde den Ansprüchen angesichts eines Investitionsstaus im Land von 27 Milliarden Euro nicht gerecht. Die Kommunen seien die „ganz großen Verlierer dieser Finanzpolitik“.

„In die Zukunft investiert“

Der Haushalt 2022 biete für die Bürgerinnen und Bürger zahlreiche Verbesserungen, sagte **Ralf Witzel** (FDP). So seien Mehrausgaben in Höhe von knapp einer halben Milliarde Euro für rund 4.000 zusätzliche Stellen in der Bildung vorgesehen. Investiert werde zudem in die Innere Sicherheit und die Kultur. Witzel sprach von einer „Investitionsinitiative in diesem Haushalt“. 9,6 Milliarden Euro stünden dort bereit für Verkehrsinfrastruktur über Gebäudesanierung bis hin zur Digitalisierung und Wasserstofftechnologie. Sein Fazit: „FDP und CDU haben in die Zukunft investiert und die gravierendsten Hinterlassenschaften von Rot-Grün beseitigt.“

Die AfD-Fraktion habe Vorschläge zum Einsparen von 213 Millionen Euro vorgelegt, bemerkte **Herbert Strotebeck** (AfD). Laut dieser Kalkulation würde dennoch mehr in Polizei, Bildung und Straßen investiert. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung wiederum sei „nicht generationengerecht“ und daher abzu-

lehnen. Die Landesregierung verstecke eine immense Neuverschuldung in „Nebenhaushalten“, etwa durch Kredite für die Flutopferhilfe sowie mit dem Corona-Rettungsschirm. Die Landesregierung betreibe eine „Pippi-Langstrumpf-Ökonomie“. Sparen sei „offensichtlich nur für die AfD ein Thema“.

Forderungen der Opposition, Schulden abzubauen und gleichzeitig mehr Geld auszugeben, widersprächen sich, sagte Finanzminister **Lutz Lienenkämper** (CDU). „Wir dürfen den nachfolgenden Generationen nicht ohne Not mehr Schuldenlast hinterlassen.“ Klar sei aber auch, dass zusätzliche Kosten etwa zur Bewältigung der Corona-Pandemie getragen werden müssten. Die Landesregierung investiere zudem u. a. in neue Technologien, Forschung und Verkehr, aber auch in Innere Sicherheit, Kinderschutz und Bildung. Der vorgelegte Haushaltsentwurf richte den Blick in die Zukunft und werde NRW weiter zum „Aufsteigerland“ machen.

wib, zab, tob

Der Entwurf der Landesregierung (17/14700, 17/15600) sieht ein Haushaltsvolumen von 87,5 Milliarden Euro vor und damit 3,4 Milliarden mehr als in diesem Jahr. Die Steuereinnahmen werden auf 66,5 Milliarden Euro veranschlagt (2021: 62,5 Mrd. Euro). Für Personalausgaben sind 31,2 Milliarden Euro (29,9 Mrd. Euro) eingeplant, für Investitionen 9,6 Milliarden Euro (8,7 Mrd. Euro). Es sind keine neuen Schulden vorgesehen. Der NRW-Rettungsschirm zur Bewältigung der direkten und indirekten Folgen der Coronakrise wird fortgesetzt.



Stefan Zimkeit (SPD)

Jochen Klenner (CDU)

Monika Düker (Grüne)

Ralf Witzel (FDP)

Herbert Strotebeck (AfD)

Finanzminister
Lutz Lienenkämper (CDU)

PLENUM

Rechtsstreit um den Hambacher Forst

Aktuelle Stunde zur Räumung im Herbst 2018

4. November 2021 – Die Räumung des Hambacher Forstes im Herbst 2018 hat erneut den Landtag beschäftigt. Anlass der Aktuellen Stunde war der anhaltende Rechtsstreit um den damaligen Polizeieinsatz. Der Debatte lagen Anträge von Grünen, AfD und SPD zugrunde.

Das Kölner Verwaltungsgericht hatte im September 2021 geurteilt, dass die von der Landesregierung angeordnete Räumung des Forstes rechtswidrig gewesen sei. Medienberichten zufolge soll die Landesregierung den Rhein-Erft-Kreis aufgefordert haben, der Stadt Kerpen die Weisung zu erteilen, Berufung gegen das Urteil einzulegen. Die Stadt Kerpen hatte zuvor per Ratsbeschluss entschieden, ihren Berufungsantrag zurückzuziehen. Der Hambacher Forst liegt am Rande des Braunkohleabbaugebietes.

Der Polizeieinsatz im Hambacher Forst vor drei Jahren sei der „größte und teuerste“ in der NRW-Geschichte und „völlig unnötig“ gewesen, bemerkte **Wibke Brems** (Grüne). Die Landesregierung habe mit dem Brandschutz argumentiert und „Lüge an Lüge“ gereiht. Sie habe damit Recht gebeugt, wie jetzt klar sei. Der Konflikt müsse nun befriedet werden, etwa durch eine Überführung des Waldes in öffentlichen Besitz und einen früheren Kohleausstieg. Die Aufforderung der Landesregierung an die Stadt Kerpen, gegen das Gerichtsurteil aus Köln Berufung einzulegen, sei ein „Offenbarungseid“. Es müsse Schluss sein mit „juristischen Winkelzügen“.

Neu errichtete Baumhäuser im Hambacher Forst und in Lützerath müssten aktuell dringend geräumt werden – genau wie im Herbst 2018, forderte **Christian Loose** (AfD). Die Landesregierung scheine das aber nicht zu interessieren. Bewohnerinnen und Bewohner von „illegalen Schwarzbauten“ seien eine Gefahr für

die anliegenden Dörfer. Laut Berichten der Polizei hätten Vermummte zahlreiche Straftaten begangen: Barrikaden errichtet, Feuer gelegt, Steine auf RWE-Fahrzeuge geworfen und Polizeikräfte bespuckt, beschimpft und mit Fäkalien beworfen. SPD und Grüne betrieben eine „widerliche Verharmlosung“ dieser Taten.

„Holzhammermethode“

Christian Dahm (SPD) nannte den Hambacher Forst ein Symbol für den gesellschaftlichen Konflikt um den geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung. Es sei eigentlich Aufgabe der Landesregierung, diesen Konflikt zu moderieren. Stattdessen habe sie aber mit der Räumung des Forstes noch Öl ins Feuer gegossen. Und anstatt das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts nun zum Anlass zu nehmen, um nach einer konstruktiven Lösung für den gesellschaftlichen Konflikt zu suchen, greife die Landesregierung zur „Holzhammermethode“ und weise die Stadt Kerpen an, Berufung einzulegen.

Für die CDU-Fraktion warf **Fabian Schrupf** der Opposition vor, den Verlauf eines rechtsstaatlichen Verfahrens skandalisieren zu wollen. Dies sei „Theaterdonner“. Es habe vor dem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln drei Entscheidungen gegeben, wonach die Räumung des Hambacher Forstes rechtmäßig gewesen sei. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln sei erstinstanzlich und noch nicht rechtskräf-

tig. Es liege im Wesen eines Rechtsstaates, dass gegen ein Urteil Rechtsmittel eingelegt werden dürften. Der Opposition gehe es aber nicht um Rechtssicherheit, sondern um „politischen Klamauk“.

Im Hambacher Forst stünden „seit gut zehn Jahren Dutzende rechtswidrige, nicht genehmigte bauliche Anlagen“, sagte **Stephen Paul** (FDP). Menschen lebten dort in bis zu 20 Meter Höhe „ohne ausreichende Sicherung, ohne sich an irgendwelche baulichen Vorschriften zu halten, etwa hinsichtlich des Brandschutzes“. Paul fragte: „Wer möchte denn mit Blick in unsere Bauordnung ernsthaft bestreiten, dass es mit den Baumhäusern und den bodennahen Hütten so nicht geht?“ Es mangle an Brandschutz, es fehle an Standsicherheit – „und eigentlich allem, was wir sonst von Bauwilligen in unserem Land erwarten“.

Der Hambacher Forst bleibe stehen, der Ausstieg aus der Braunkohle bis 2038 sei beschlossen, sagte Bauministerin **Ina Scharrenbach** (CDU). Die von der SPD genannte „gesellschaftliche Auseinandersetzung“ sei also nicht mehr vorhanden. Die Landesregierung habe immer deutlich gemacht, dass Demonstrationen erlaubt seien, Gewalt jedoch nicht. Den Vorwurf, „juristische Winkelzüge“ angewendet zu haben, wies Scharrenbach zurück. Der Rechtsstaat erlaube in jedem Verfahren Rechtsmittel. Die Landesregierung habe sie gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts eingelegt. Ziel sei eine obergerichtliche Klärung. *tob, wib, zab*

Schulen und Schutzmasken

Landtag debattiert über Wegfall der Maskenpflicht an den Plätzen

5. November 2021 – Die Landesregierung hat die Corona-Schutzmaßnahmen in den Schulen geändert. Seit 2. November 2021 müssen Kinder und Jugendliche während des Unterrichts an ihren Plätzen keine Schutzmasken mehr tragen. In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über die neue Regelung debattiert.

Die SPD-Fraktion hatte die Aktuelle Stunde beantragt („Aufhebung der Maskenpflicht bei steigender Inzidenz – verfrüht, riskant und gefährlich!“, [17/15489](#)). Die Fraktion weist auf eine „rasant“ steigende Inzidenz bei Kindern und Jugendlichen hin. Gründe dafür seien eine „insgesamt geringe Impfquote bei den 12- bis 17-Jährigen von rund 40 Prozent Zweitimpfungen und der Umstand, dass sich Kinder unter 12 noch nicht impfen lassen können“.

Die Rückmeldungen aus den Schulen seien eindeutig, sagte [Jochen Ott](#) (SPD): „Die meisten Kinder tragen die Masken freiwillig weiter.“ Sie übernahmen damit „mehr Verantwortung als die gesamte Landesregierung“. Die vierte Welle rolle. Es stelle sich die Frage, warum das Risiko jetzt eingegangen werde. „Auch ich möchte, dass die Masken wegkommen“, sagte Ott. Die Entscheidung der Landesregierung, den Maskenzwang aufzuheben, gebe dem Virus aber die Möglichkeit, sich weiter zu verbreiten. Sie sei ein „schwerer Fehler“. Verantwortung für das Land sehe anders aus. Ott: „Maske ist besser als Quarantäne.“

„Kleine Schritte“

Sie habe in einer ersten Klasse erlebt, wie Kinder gestrahlt hätten, als sie erstmals ihren Sitznachbarn sehen konnten, sagte [Claudia Schlottmann](#) (CDU): „Es war ein unglaublicher Jubel in der Klasse.“ Die SPD versuche, „aus einer Pandemie politischen Gewinn zu ziehen“, statt nach Lösungen zu suchen. Sie sei „stolz auf unsere Schüler und Schülerinnen“, sagte Schlottmann. Die Kinder entschieden selbstbestimmt, ob sie Masken an ihren Plätzen tragen oder nicht: „Das sind genau die zukünftigen Erwachsenen, die wir für dieses Land brauchen.“ Mit kleinen Schritten zurück in die Normalität sei man bisher gut gefahren.

Angesichts einer besorgniserregenden Entwicklung bei Corona-Neuinfektionen sei es „unverantwortlich“, auf Masken am Sitzplatz zu verzichten, kritisierte [Sigrid Beer](#) (Grüne).

In Leverkusen liege der Inzidenzwert bei den Fünf- bis Neunjährigen bereits bei 545. Schulen seien „Drehscheiben für Infektionen“. Wer am Präsenzunterricht festhalten wolle, dürfe Schutzstandards daher nicht runterfahren. Kinder hätten ein Grundrecht auf körperliche und seelische Unversehrtheit. Es müsse dafür gesorgt werden, dass Kinder „uninfiert bis zur Möglichkeit einer Impfung kommen“. Dazu trage die Maskenpflicht bei.

Mehrere SPD-geführte Bundesländer hätten bereits vor Wochen die Maskenpflicht am Sitzplatz abgeschafft, entgegnete [Franziska Müller-Rech](#) (FDP). Für sie eine richtige Entscheidung, aus drei Gründen. Erstens gehe es um Verhältnismäßigkeit: Erwachsene dürften ohne Maske allerorts volle Stadien, Diskos und Karnevalsveranstaltungen besuchen. „Kindern und Jugendlichen steht das gleiche Recht zu wie uns Erwachsenen.“ Zweitens: Schulen seien „keine Pandemietreiber“. Drittens: Das Risiko, schwer an Corona zu erkranken, tendiere bei Kindern gegen null. „Das ist eine gute Nachricht, darüber sollten wir uns freuen.“

[Helmut Seifen](#) (AfD) kritisierte, SPD und Grüne wollten die Schülerinnen und Schüler „hinter die Maske zwingen“, obwohl diese regelmäßig auf Corona getestet würden. Dies sei gegen jede Vernunft. Es gehe beiden Parteien nur darum, die „Wirksamkeit ihrer Pandemieerzählung“ zu untermauern. Daher seien sie für „Zwangsmaßnahmen“ für die Schülerinnen und Schüler. Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) warf Seifen vor, sie habe „ihren Laden nicht im Griff“. So gebe es an Schulen Abstimmungen, dass die Masken weiter getragen werden sollten. Die Schulleitungen tanzten der Ministerin „auf dem Kopf herum“.

Schulministerin [Yvonne Gebauer](#) (FDP) verteidigte die Entscheidung zum Ende der Maskenpflicht am Sitzplatz als „verantwortungsvoll

Foto: Inderlied / Kirchner-Media / Imago

und angemessen“. In keinem anderen Land werde so professionell getestet wie in Nordrhein-Westfalen. Es gebe ein Sicherheitskonzept. Das Infektionsgeschehen an den Schulen sei „stabil und unter Kontrolle“. Gebauer betonte, es handle sich um eine Pandemie der Erwachsenen, insbesondere der älteren und vorerkrankten, und der ungeimpften Erwachsenen. Schülerinnen und Schüler hätten in der Pandemie am meisten zurückgesteckt und damit einen solidarisches Beitrag geleistet. Dafür müsse ihnen gedankt werden.

zab, tob, wib

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) | [17/14700](#), [17/15600](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. und 25. November 2021 | Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 - GFG 2022) | [17/14702](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. und 25. November 2021 | Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes | [17/15289](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. November 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz TlntG) | [17/14243](#), [17/15679](#), [17/15757](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | 2. Lesung am 24. November 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz | [17/14306](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. November 2021 | verabschiedet

Gesetz zur weiteren Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes | [17/15505](#), [17/15649](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 24. November 2021 | verabschiedet

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/14909](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. November 2021 | verabschiedet

Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammergesetz – BauKaG NRW –) | [17/13799](#), [17/15582](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. November 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte in Nordrhein-Westfalen | [17/14910](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. November 2021 | verabschiedet

Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz (Ausg-FlurbG) | [17/15235](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. November 2021 | verabschiedet

Viertes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/15517](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. November 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Einführung des juristischen Vorbereitungsdienstes in Teilzeit | [17/15586](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. November 2021 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes | [17/15660](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. November 2021 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesrichter- und Staatsanwältengesetzes | [17/15661](#) | 1. Lesung am 24. November 2021 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | [17/14304](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. November 2021 | verabschiedet

Gesetz zum Erlass eines Kulturgesetzbuches sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer Vorschriften (Kulturrechtsneuordnungsgesetz) | [17/13800](#), [17/15558](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. November 2021 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/13357](#), [17/15469](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 3. November 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältengesetzes – LRiStaG | [17/13063](#) | Grüne | 2. Lesung am 3. November 2021 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Schiedsamtsgesetzes | [17/14961](#), [17/15472](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 3. November 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen | [17/14244](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 3. November 2021 | verabschiedet

Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen und den Schutz von Verschlussachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen – SÜG NRW –) | [17/15476](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 3. November 2021 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Einführung eines Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes | [17/13977](#), [17/15496](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. November 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Einführung eines Radverkehrsgesetzes sowie zur Änderung weiterer Gesetze | [17/14257](#) | Grüne | 2. Lesung am 4. November 2021 | abgelehnt

Zweites Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes | [17/15477](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 4. November 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

Gesetz zur Stärkung der medienbruchfreien Digitalisierung | [17/15478](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 4. November 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation

Gesetz zur Novellierung der nordrhein-westfälischen Landesjustizvollzugsgesetze | [17/15234](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen (Wählergruppentransparenzgesetz – WählGTranspG) | [17/15264](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/15188](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/14908](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes | [17/14405](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze | [17/14962](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes | [17/14911](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen | [17/14305](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen (ATA-OTA-G) | [17/14303](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz über den interkollegialen Ärztetausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) – | [17/14280](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen | [17/14066](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz und zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption | [17/13070](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Durchführung strafrechtsbezogener Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt in Nordrhein-Westfalen (Strafrechtsbezogenes Unterbringungsgesetz NRW – StrUG NRW) | [17/12306](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (Versammlungsgesetz-Einführungsgesetz NRW – VersGEinfG NRW) | [17/12423](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/11673](#) | SPD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Diskussion um Tempo 30

Limit innerhalb geschlossener Ortschaften Thema im Verkehrsausschuss

10. November 2021 – Die Grünen-Fraktion setzt sich in einem Antrag für ein flächendeckendes Tempolimit von 30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften ein. Dies führe nicht nur zu deutlich weniger Unfällen sowie weniger Toten und Verletzten, sondern Sorge auch für bessere Luft und weniger Lärm. Im Fachausschuss nahmen Sachverständige Stellung zum Thema.

Die Landesregierung solle sich beim Bund dafür einsetzen, „Kommunen kurzfristig im Rahmen eines Modellversuchs flächendeckendes Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in ihrem Stadtgebiet zu ermöglichen“, heißt es in dem Antrag („Mehr Verkehrssicherheit, bessere Luft und weniger Lärm – Einführung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften“; [17/14046](#)).

Der Verkehrsclub Deutschland unterstützt den Antrag. Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften sei dringend notwendig, um Unfälle mit Personenschäden zu vermeiden, schreibt der Landesverband NRW in seiner Stellungnahme für den Ausschuss. Auch die Umweltbelastung gehe in der Regel zurück, insbesondere der Lärm.

„Differenziert betrachten“

Man begrüße den „Ansatz des vorliegenden Antrags“, so der Auto Club Europa (ACE): „Ohne Frage kann ein Tempo von 30 km/h innerhalb von geschlossenen Ortschaften zu mehr Verkehrssicherheit beitragen. Denn hier ereignen sich etwa doppelt so viele Unfälle wie außerhalb.“ Dennoch sehe man die Lösung nicht in einer pauschalen innerörtlichen Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h. Die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort sollten differenziert betrachtet werden: „Es wird auch innerörtlich stets Straßen geben, auf denen auch höhere Geschwindigkeiten annehmbar sind.“

Das sah die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände ähnlich. Es gehe „stets darum, aus den örtlichen Verhältnissen heraus die angemessene Geschwindigkeit festlegen zu können“. Der Bund müsse daher „die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen dort Tempo 30 km/h anordnen können, wo sie es für notwendig halten – auch auf Hauptverkehrsstraßen“. Das bedeute aber auch, dass Tempo 50 auf Hauptverkehrsstraßen möglich bleiben solle.

Der Verband „Spedition und Logistik Nordrhein-Westfalen“ lehnte eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 ab. Eine Luftverbesserung sei bestenfalls in Nuancen möglich, eine menschlich wahrnehmbare Lärminderung nicht gegeben. Einen „Sicherheitsgewinn“ bezweifelte der Verband ebenfalls: „Wenn überall 30-Zone ist, ist dieser

wichtige Warnhinweis nicht mehr gegeben.“ Zudem würde die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aufgrund längerer Fahrzeiten sinken, die Kosten für Verkehrsbetriebe dagegen steigen.

Der Einzelhandelsverband Bonn Rhein-Sieg Euskirchen sprach sich ebenfalls gegen Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften aus. Erforderlich sei ein Blick auf die „Gesamtheit der Mobilität“ und deren Zukunft. „Zu versuchen, einzelne Schrauben von schon vorhandenen Systemen zu optimieren, (...) wird langfristig nicht zu einer nachhaltigen Mobilitätswende führen.“

Als „überlegenswert“ bezeichnete der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV NRW) die Einführung von Tempo 30. Für den ÖPNV sei das generelle Tempolimit aber nachteilig: „Die Fahrzeit von Bussen und Straßenbahnen würde sich signifikant verlängern.“ Im Interesse der Fahrgäste sei es sinnvoll, dauerhaft ein „ÖPNV-Vorbehaltsnetz“ mit einer Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h zu schaffen.

Prof. Dr. Michael Schreckenber (Universität Duisburg-Essen) schrieb in seiner Stellungnahme: „Der Ruf nach Tempo 30 wird immer dann laut, wenn es an intelligenten Alternativen mangelt und man sich die Mühe ersparen will, diese lokal angepasst zu erarbeiten. Eine pauschale Forderung wie im Antrag formuliert ist mit den pauschalen Argumenten nicht nachvollziehbar.“

Die Landesverkehrswacht empfahl Modellversuche vor Einführung einer neuen bundesweiten Regelgeschwindigkeit. Es gebe interessierte Städte und viele Ideen zur Umsetzung. Allerdings halte man die Festlegung auf Tempo 30

für verfrüht: „Hier sollte man, wie teils in Hessen, auch Tempo 40 akzeptieren.“

Eine der „interessierten Städte“ ist Krefeld. Der Rat habe die Verwaltung aufgefordert, Tempo 30 in einem Pilotprojekt flächendeckend zu testen, so die Stadt in ihrer Stellungnahme. Auch das Krefelder Straßennetz sei ein „Flickenteppich von unterschiedlichen Geschwindigkeiten, die den motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen das Leben schwer machen“.

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den [Seiten 16 und 17](#).



Standpunkte

Meinungen zum Thema „Tempo 30 flächendeckend in geschlossenen Ortschaften“



Eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung ...

... würde die Mobilität innerorts und auf den Hauptverkehrsachsen beeinträchtigen. Die Begrenzung der zulässigen Geschwindigkeit hätte nicht zwingend die Reduzierung von Unfällen zur Folge, jedoch Staus durch längere Fahrtzeiten. Das benötigte Mehr an Fahrzeugen im ÖPNV und Lieferverkehr verbraucht mehr Ressourcen, belastet die Umwelt und verlagert Verkehr in Wohngebiete.

... ist nicht zielführend. Es braucht Flexibilität durch die Straßenverkehrsordnung, damit die Kommunen vor Ort je nach Situation die beste Lösung schaffen können.

Die Verkehrssicherheit ...

... bedeutet die Vision Zero – Sicherheit für alle, die am Straßenverkehr teilnehmen. Die meisten Unfälle passieren an Kreuzungen oder Einmündungen mit Lichtsignalanlagen. Eine Verbesserung der Verkehrssicherheit könnte mit einer besseren Koordinierung von Ampeln oder der Beseitigung von Sichthindernissen und nicht durch die pauschale innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h erreicht werden.

... beginnt mit der gegenseitigen Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Durch eine bedarfsgerechte Gestaltung besonderer Gefahrenpunkte kann sie weiter gesteigert werden. Zu den vielfältigen Maßnahmen gehören auch Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Die Umweltbelastung ...

... durch Schadstoff-Emission ist laut einer ADAC-Untersuchung bei Tempo 30 höher als bei gleichmäßiger Fahrt mit Tempo 50. Das durch die verlängerte Fahrzeit benötigte Mehr an Fahrzeugen beim ÖPNV und im Lieferverkehr führt zu einem höheren Ressourcenverbrauch und höherer Umweltbelastung. Optimal ist der Betrieb eines Fahrzeugs bei niedriger Drehzahl in einem hohen Gang.

... zu senken, ist eine ganzheitliche Aufgabe. Dabei gilt dem Schutz von Wohnbereichen und sozialen Einrichtungen besondere Aufmerksamkeit. Im Rahmen der Verkehrswende braucht es einvernehmliche Lösungen vor Ort.

Kommunen ...

... kennen innerörtliche Verhältnisse am besten. Seit 2001 können Kommunen gemäß § 45 StVO mit niedrigeren Voraussetzungen großflächig Tempo-30-Zonen und seit 2017 Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen leichter anordnen. Weite Teile des innerörtlichen Straßennetzes sind deshalb heute schon auf Tempo 30 limitiert. Autofahrer müssen abseits der Hauptverkehrsstraßen grundsätzlich mit Tempo-30-Zonen rechnen.

... sind das Herz unseres Staates. Sie müssen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben ausreichend von Bund und Ländern unterstützt werden. Das gilt auch für eine umfassende Verkehrswende.



... von Tempo 30 ist nicht zielführend. In Deutschland wurde in den vergangenen Jahrzehnten ein bewährtes System mit Tempo 50, 30, 20 oder Schrittgeschwindigkeit entwickelt. Schon jetzt sind 80 bis 85 % innerstädtisch etwa in Wohngebieten mit Tempo 30 versehen. An Gefahrenpunkten wie Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern gibt es die Möglichkeit für Tempo 30 auch an Hauptverkehrsachsen.

... ist ein zentrales Ziel der FDP. Dabei ist die Vision Zero der richtige Maßstab. Die Wirkung für Tempo 30 für die Verkehrssicherheit innerorts ist jedoch umstritten. Statistisch gesehen, passieren die meisten Unfälle beim Abbiegen, Rückwärtsfahren mit deutlich geringerer Geschwindigkeit. Tempo 30 geht zulasten der Konzentration und erhöht damit die Gefahr von Unfällen.

... wird durch Tempo 30 gesteigert statt vermindert. Die Ursache dafür ist, dass Verbrennungsmotoren bei dieser Geschwindigkeit nicht optimal laufen, die Emissionen liegen vergleichsweise höher und der Verbrauch steigt. Das ist insbesondere bei Lkw gravierend.

... müssen eine weitgehend eigenständige Verantwortung dafür haben, wie der Verkehr in der Stadt organisiert wird. Intelligente Verkehrssteuerung (Smarte Ampeln), verständlich ausgewiesene Parkmöglichkeiten, attraktiver ÖPNV, gut ausgebaute Rad- oder Fußwege können mehr für Verkehrssicherheit, Entlastung der Anwohner sowie die Attraktivität der Stadt tun als pauschale Tempolimits.



... von derzeit Tempo 50 auf Tempo 30 hätte viele Vorteile. Die meisten Kommunen haben in ihren Wohngebieten und damit in der Mehrzahl der Straßen bereits Tempo 30. Eine einheitliche Geschwindigkeit wäre für alle klarer und übersichtlicher, der Schilderwald würde deutlich gelichtet. Ausnahmen würde es – wie heute auch schon – geben, die jeweilige Kommune soll dann entscheiden, wo sie noch Tempo 50 oder mehr anordnen möchte.

... würde deutlich zunehmen, insbesondere für den Rad- und Fußverkehr. In Brüssel, wo seit einiger Zeit Tempo 30 im Stadtgebiet gilt, hat die Zahl der Unfälle mit Toten und Schwerverletzten um ein Viertel abgenommen. Auch die Zahl der Blebschäden ging deutlich zurück, da der Bremsweg bei Tempo 30 um einiges kürzer ist als bei Tempo 50. Radfahrende fühlen sich so deutlich sicherer, auch wenn sie ohne Radweg auf der Straße fahren müssen.

... würde bei einer Regelgeschwindigkeit von Tempo 30 sinken, vor allem die Belastung durch Lärm. Eine andere Motoreinstellung könnte auch den Schadstoff- und CO₂-Ausstoß bei niedrigeren Geschwindigkeiten reduzieren. Insgesamt steigt durch die Absenkung der Geschwindigkeit die Aufenthalts- und Wohnqualität in den Städten und Gemeinden, der Autoverkehr würde weniger dominant wahrgenommen.

... sollten selbst darüber entscheiden können, ob sie generell oder auf welchen Straßen sie Tempo 30 einführen wollen und wo sie Ausnahmen davon zulassen möchten. Die derzeit notwendigen langwierigen und bürokratischen Verfahren für die Absenkung der Geschwindigkeit auf bestimmten Straßen sind völlig aus der Zeit gefallen, eine Reform der Straßenverkehrsordnung ist diesbezüglich längst überfällig.



... auf 30 km/h in Städten gibt es bereits dort, wo es die Verkehrssicherheit erfordert. Jede weitere Ausdehnung wäre rein ideologisch begründet. Bisherige Untersuchungen zeigen, dass sich ein starres 30-km/h-Limit bei den Schadstoffemissionen eher negativ, im Hinblick auf Lärmbelastung und absehbar bei der Sicherheit kaum spürbar auswirken würde. Zudem müssen auch die wirtschaftlichen Folgen im Blick behalten werden.

... würde durch Tempo 30 absehbar nicht verbessert. Zwar sind die Bremswege kürzer, und die kinetische Energie ist bei verminderter Aufprallgeschwindigkeit natürlich geringer, doch reduziert Tempo 30 die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer, was den positiven Effekt weitgehend neutralisieren kann. Wesentlich effektiver wären konsequente Überwachung und die Entschärfung bekannter Unfallschwerpunkte.

... wird gerne als gewichtiges Argument für Tempo-30-Befürworter genommen. Doch ist die absolute Einsparung vergleichsweise geringfügig und wird zudem häufig durch ineffiziente Fahrweise zunichte gemacht. Dazu kommt, dass die meisten Autos bei Tempo 30 mehr Sprit verbrauchen und demzufolge auch mehr Schadstoffe emittieren als mit Tempo 50, wie u.a. eine aktuelle Studie der TU Dresden nachgewiesen hat.

... werden häufig vom Zeitgeist getrieben: So wie früher der Autoverkehr einseitig bevorzugt wurde, wird es jetzt der Fuß- und Radverkehr. Will eine Mehrheit der Bürger diese zusätzliche Einschränkung mit Fahrzeitverlängerungen? Wir denken: Nein. Auf überlastete Verwaltungen kämen zusätzliche Aufgaben und hohe Umstellungskosten zu. Wir plädieren für intelligente Konzepte statt ideologisierten Aktionismus.

Über Europa, einen Fernsehkoch und

18. Oktober 2021 / 6. November 2021 – Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ berät noch bis Frühjahr 2022 über Vorschläge zu Reformen in der Europäischen Union. Bürgerinnen und Bürger aus den 27 EU-Mitgliedstaaten sind aufgerufen, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Der Landtag hatte im Oktober und November daher gleich zu zwei Veranstaltungen eingeladen. Eine Nachlese.



Landtagspräsident André Kuper



Podiumsdiskussion mit Oliver Krauß MdL (CDU/v.l.), Moderatorin Sara Bildau, Johannes Remmel MdL (Grüne) und EU-Kommissionsvertreter Kai Tullius

Fotos: Wilfried Meyer, Ingo Lammert

Nein, Denkverbote dürfe es nicht geben. Wenn über die Zukunft von Europa beraten werde, könne es nicht zugehen wie in einer Kochshow, sagte Dr. Mark Speich, NRW-Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, beim Bürgerforum im Oktober im Landtag. Man kenne das ja: Der Koch erkläre im Fernsehen lang und breit, was er vorhabe, rede über Gewürze, Garzeiten und Geschmack, worüber sich bekanntlich streiten lasse. Und kaum sei das letzte Wort gesprochen – schwups –, öffne der Koch den Ofen und präsentiere den fertigen Rehbraten, von dem niemand wisse, wie genau es um ihn bestellt sei.

„Die Konferenz muss liefern“

Koch und Kellner, Rehbraten und Garzeiten: Vergleiche mit der Welt der Gastronomie sind derzeit beliebt, gerade wenn es um komplizierte Verhandlungen und Machtgefüge in der Politik geht. So auch bei den beiden Veranstaltungen im Landtag, die sich im Oktober und November der „Konferenz zur Zukunft Europas“ gewidmet haben. Die Konferenz ist am 9. Mai mit dem Ziel gestartet, einen Reformprozess in der Europäischen Union anzustoßen. Bei Präsenzveranstaltungen in ganz Europa und über eine Online-Plattform sind Bürgerinnen und Bürger aus allen 27 Mitgliedstaaten aufgerufen, ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas zu formulieren.

Bis Mitte November haben rund 35.000 Menschen teilgenommen und mehr als 9.600 Ideen online veröffentlicht – Tendenz steigend. Im Frühjahr 2022 sollen die Ergebnisse dem Europäischen Parlament, dem Europäischen

Rat und der Europäischen Kommission vorgelegt werden. Die meisten Vorschläge kreisen um die Themen Europäische Demokratie, Klimawandel und Umwelt, wie aus einem aktuellen Bericht zu den bislang eingereichten Ideen hervorgeht.

Expertinnen und Experten sind sich einig, dass es um mehr geht als eine „Partizipations-simulation“. Da regionale Parlamente, Organisationen, Parteien, aber auch Bürgerinnen und Bürger europaweit bereits zu mehr als 3.700 Veranstaltungen eingeladen haben, könne die Europäische Union es sich nicht leisten, deren Stimme zu übergehen. „Die Konferenz muss liefern“, so auch die Schlussfolgerung von Staatssekretär Speich, der als Delegierter im Plenum der Konferenz vertreten ist.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen unterstütze den EU-Reformprozess, sagte Präsident André Kuper zur Begrüßung des Bürgerdialogs

im November. Das Landesparlament wolle daran mitwirken, dass die EU von innen heraus mit neuer Legitimität versehen werde. Europa müsse große Herausforderungen bewältigen, etwa in der Klima- und Energiepolitik, der Verkehrspolitik sowie der Flüchtlings- und Migrationspolitik. „Dazu möchten wir die Meinungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger hören und in Richtung EU weitergeben. Ich rufe Sie auf: Sagen Sie der EU Ihre Meinung zur Lösung der Probleme der Zukunft.“

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen waren der Einladung gefolgt, um mit Abgeordneten des Landtags, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie Politikerinnen und -politikern der Europäischen Union im Landtag zu diskutieren. Besonders rege ging es zu bei Gesprächsrunden zum Thema „Demokratie und Bürgernähe in der EU“ sowie zur Frage: „Wie kann Europa



Aufkleber u. a. der „Jungen Europäischen Föderalisten“



Infostand der Bürgerinitiative „Europa-Union“

den Ruf nach Reformen

demokratischer werden?“. Ein Teilnehmer aus Düsseldorf mahnte an, dass die Strukturen der Europäischen Union gründlich reformiert werden müssten – besonders bei der Besetzung von Spitzenämtern. Die amtierende Präsidentin der Europäischen Kommission sei beispielsweise nach der Europawahl 2019 von den Staats- und Regierungschefs nominiert worden, obwohl sie zuvor bei der Wahl gar nicht als Spitzenkandidatin angetreten war. So etwas dürfe sich nicht wiederholen; nötig sei eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten oder der -präsidentin.

Drei Räte für Europa

Ein anderer Teilnehmer forderte, dass wichtige EU-Gremien umbenannt werden müssten. Kaum jemand wisse, worin der Unterschied zwischen dem „Rat der Europäischen Union“ und dem „Europäischen Rat“ bestehe, da sich die Bezeichnungen ähnelten. Und dann gebe es ja noch den „Europarat“, eine eigenständige Institution mit Sitz in Straßburg zum Schutz der Menschenrechte, der unter anderen auch Norwegen, Russland und die Türkei angehören. Das sei aber nur Insidern bekannt, bemerkte der junge Mann: „Brüssel ist eine Bubble.“

Weitere Teilnehmende kritisierten, dass das Europäische Parlament zu wenig Kompetenzen besitze und Fraktionen in Brüssel das Recht erhalten müssten, selbst gesetzgeberisch tätig zu werden. Forderungen betrafen zudem das Wahlrecht ab 16 Jahren, mehr Einfluss der europäischen Regionen in der EU und die Aufhebung des Vetorechts, mit dem einzelne Staaten Mehrheitsentscheidungen blockieren können.

In diesem Sinne wird in den kommenden Monaten weiter diskutiert – online und in europaweiten Präsenzveranstaltungen. Die Ergebnisse fließen ein in die Konferenz zur Zukunft Europas. *tob*



Bürgerforum mit rund hundert Teilnehmenden

So funktioniert die Konferenz

Breit angelegte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

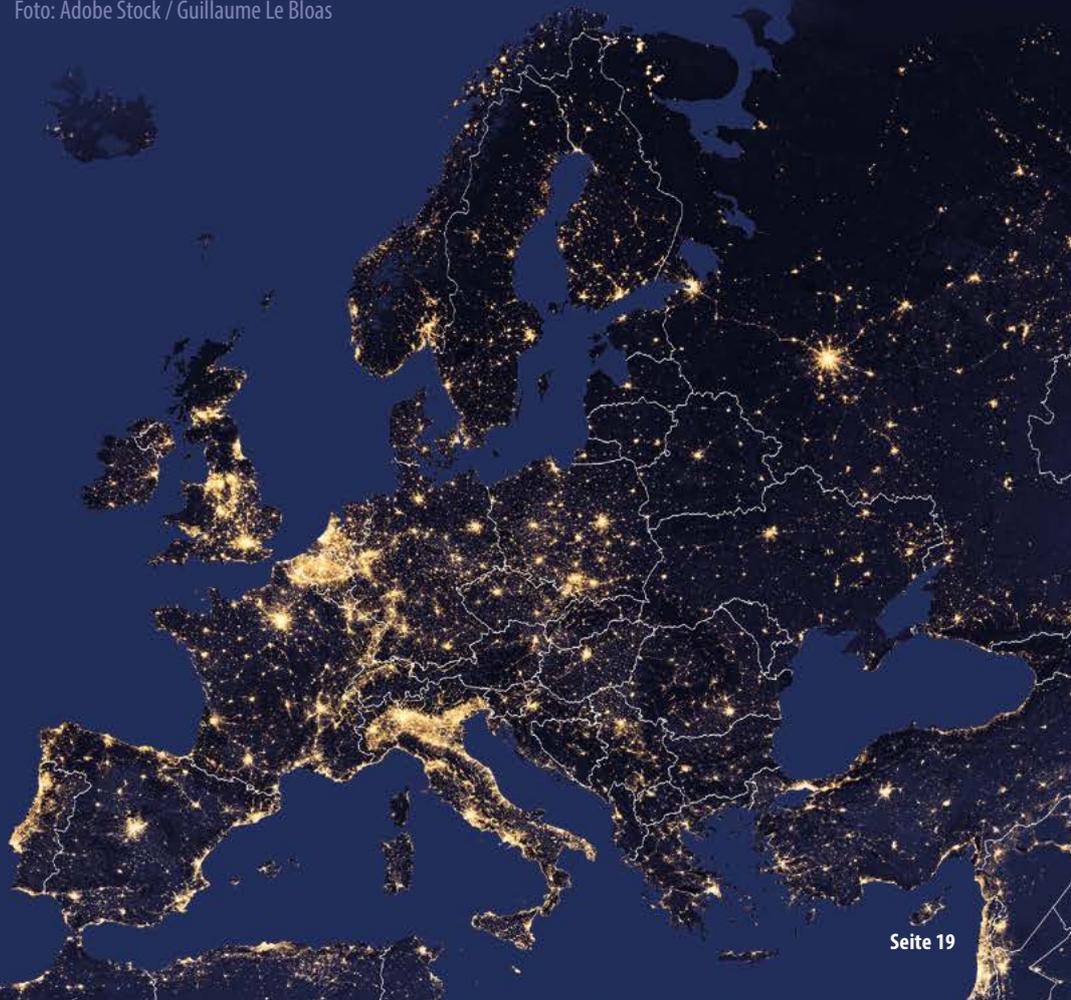
Bürgerinnen und Bürger können über die Online-Plattform www.futur.europa.eu eigene Ideen zur „Konferenz zur Zukunft Europas“ formulieren, verteilt auf zehn Themenfelder wie „Klimawandel und Umwelt“, „Migration“ und „Die EU in der Welt“. Organisationen, Behörden, Kommunen, Parlamente, aber auch Bürgerinnen und Bürger haben über die Plattform zudem die Möglichkeit, eigene Veranstaltungen anzukündigen und darüber zu berichten.

Die Vorschläge werden in den vier Europäischen Bürgerforen diskutiert, die bis Frühjahr 2022 in Brüssel, Straßburg, Florenz und Warschau tagen. Vertreten sind je 200 Bürgerinnen und Bürger, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Ein Schwerpunkt liegt auf der jungen Generation: Ein Drittel der Teilnehmenden ist zwischen 16 und 25 Jahre alt.

Parallel zu den Bürgerforen tagt die Plenarversammlung der Konferenz mit 449 Mitgliedern – darunter auch Abgeordnete des Europäischen Parlaments, nationaler Parlamente, Mitglieder nationaler Regierungen sowie des Europäischen Ausschusses der Regionen. Auch Organisationen der Zivilgesellschaft und 108 Bürgerinnen und Bürger sind Teil der Plenarversammlung.

Im Plenum werden die Empfehlungen der Bürgerforen eingebracht und weiterentwickelt. Am Ende des einjährigen Beratungsprozesses soll im Frühjahr 2022 ein Abschlussbericht der Konferenz mit verbindlichen Leitlinien stehen. Das Europäische Parlament, der Europäische Rat und die Europäische Kommission sollen anschließend über Folgemaßnahmen entscheiden.

Foto: Adobe Stock / Guillaume Le Bloas



Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Wir wollen besten Kinderschutz – in NRW und ganz Deutschland

Nordrhein-Westfalen soll noch vor dem Sommer ein eigenes Kinderschutzgesetz bekommen! „Das ist ein Meilenstein für den Schutz unserer Kleinen im Land“, freut sich unsere Sprecherin für den Kinderschutz, Christina Schulze Föcking. Mit dem Gesetzentwurf setzt das Familienministerium schnell und konsequent eine Forderung beider Fraktionen der NRW-Koalition um.



Christina Schulze Föcking (CDU)

Denn die parlamentarische Aufarbeitung des Missbrauchsfalls Lügde und die Arbeit in der Kinderschutzkommission des Landtags haben Lücken im Schutznetz für die Kinder offengelegt. „Bisher gibt es keine einheitlichen Verfahren, keine Standards für pädagogische Fachkräfte, wie sie beim Verdacht auf eine Kindeswohlge-

fährdung oder bei einer Inobhutnahme vorgehen“, erklärt Schulze Föcking. „Wir dürfen aber diese wichtigen Menschen in ihrer Arbeit nicht allein lassen.“ Deshalb werden Qualitätsstandards und eine Qualifizierungsoffensive mit dem neuen Gesetz geregelt und jährlich mehr als 70 Millionen Euro bereitgestellt.

Uns ist aber nicht nur wichtig, den Kinderschutz in NRW zu stärken – er darf an den Grenzen der Bundesländer nicht Halt machen. Deshalb haben sich auf Einladung Schulze Föckings alle Kinderschutzpolitiker der CDU/CSU-Landtagsfraktionen in diesem Herbst erstmals in Düsseldorf getroffen, sich mit Expertinnen und Experten ausgetauscht und die Missbrauchsfahnder im Landeskriminalamt

besucht. „Alle Landespolitiker haben sich dazu bekannt: Wir verschließen in keinem deutschen Bundesland die Augen vor diesen Verbrechen“, berichtet die Kinderschutzpolitikerin. Bei der Tagung wurden eine „Düsseldorfer Erklärung“ zum Kinderschutz und ein Positionspapier zum Thema Polizei und Strafverfolgung unterzeichnet. Ziele der Unionspolitiker: mehr Opferschutz für Kinder und Jugendliche, flächendeckende Versorgung mit Kinderschutzambulanzen, Ärzte-Hopping erschweren, anonyme Chats im Internet verhindern und eine bessere Datenspeicherung im Netz in Deutschland auf den Weg bringen.



Unsere Zukunftskonferenzen #MenschImMittelpunkt und #VonGrundAufFair



Was sind uns Gesundheit und Pflege eigentlich noch wert? Dieser Frage sind wir Anfang November auf unserer Zukunftskonferenz #MenschImMittelpunkt nachgegangen. Fachärztin Susanne Quast von der Initiative Gesunde Krankenhäuser vertrat ihren Standpunkt deutlich: „Ich bin der festen Überzeugung, dass man mit der Daseinsvorsorge kein Geld



verdient. Wenn man kostendeckend handelt, reicht dies völlig aus.“ Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, Robert Spiller von ver.di, Marissa-Fong-Yee Dengs, Leiterin einer Pflegeeinrichtung, und weitere Fachleute diskutierten anschließend, wie der soziale Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik gelingen kann.

„Das Thema Wohnen regelt der Markt. Und der Markt regelt hier gar nichts zum Wohle der Menschen“, brachte es Dr. Michael Spörke vom Sozialverband Deutschland auf unserer zweiten Zukunftskonferenz im November auf den Punkt. Neben ihm diskutierten Hans-Jochem Witzke vom Deutschen Mieterbund und Alexander Rychter (Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen), ob und wie sich Mieterinnen und Mieter Wohnen noch leisten können. Vom Mieterschutz über energetische Sanierungen bis hin zu neuen Formen des Wohnens – #VonGrundAufFair muss die Wohnungspolitik der Zukunft sein.



Kulturfrühstück – Der Kunstmarkt in Zeiten von Corona



Shutdowns und andere Einschränkungen der Pandemie haben viele Museen, Galerien und die Kunstschaffenden vor enorme Herausforderungen gestellt. Auf Einladung der FDP-Landtagsfraktion diskutierten Expertinnen

und Experten beim Kulturfrühstück in Krefeld mit zahlreichen Gästen über die Herausforderungen des Kunstmarkts.

„Als NRW-Koalition haben wir mit einem groß angelegten Stipendienprogramm für Künstlerinnen und Künstler die Möglichkeit gegeben, zielgerichtet zu helfen und Perspektiven zu erhalten“, sagte Lorenz Deutsch, kulturpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Prof. Dr. Nadine Oberste-Hetbleck, Leiterin des Zentralarchivs für deutsche und internationale Kunstmarktforschung ZADIK, sowie

Galerist Max Mayer freuten sich, dass Sammlerinnen und Sammler ihre Treue hielten und auch während der Krise der Galerie und den dort vertretenen Künstlerinnen und Künstlern verbunden blieben. Katja Baudin, Direktorin der Krefelder Kunstmuseen, wies darauf hin, dass die Museen ihr Publikum durch digitale Angebote vergrößern konnten. Einig waren sich alle, dass aber der unmittelbare Kontakt zum Publikum sowie die direkte Kommunikation und Auseinandersetzung gefehlt haben. Der Kulturjournalist Dr. Michael Köhler moderierte die Veranstaltung.



Grüne Fraktion ist „familiengerechte“ Arbeitgeberin

Wer erwerbstätig ist und Familie hat, hat es oft nicht leicht, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Insbesondere, wenn nicht alles läuft wie geplant, wächst der Druck. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Kind erkrankt oder jemand aus der Familie plötzlich Pflege benötigt. Als Landtagsfraktion machen wir uns politisch dafür stark, hier bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Auch als Arbeitgeberin setzen wir unseren politischen Anspruch mit familienfreundlichen Arbeitsbedingungen um. Dazu haben wir unsere Ziele und Maßnahmen entlang verschiedener Handlungsfelder wie „Arbeitszeit“, „Arbeitsort“ oder „Personalentwicklung“ in einem ausführlichen Audit-Prozess durch externe Fachleute prüfen lassen. Wir wollten wissen, was für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schon gut läuft und wo

wir noch Verbesserungsbedarf haben. Je besser diese Vereinbarkeit gewährleistet ist, desto besser ist dies für die Beschäftigten, aber auch für uns als Arbeitgeberin: Wer seinen Job gut mit seinem Privatleben in Einklang bringen kann, ist zufriedener, eine geringe Fluktuation ist die Folge. Auch im Wettbewerb um gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden weiche Kriterien zunehmend relevant.

Am vorläufigen Ende dieses Prozesses steht nun ein Zertifikat, das der Grünen Landtagsfraktion ein hohes Maß an familien- und lebensphasenbewusster Personalarbeit und Bereitschaft zur Weiterentwicklung bescheinigt. Mit dieser Zertifizierung übernehmen wir unter den Fraktionen im Landtag eine Vorreiterrolle und wollen einen positiven Einfluss auf die Arbeitskultur des Landtags nehmen.



Corona – Eine Pandemie des politischen Versagens und der gebrochenen Versprechen!

Als der Landtag am 17.11.2021 zu einer Sondersitzung zusammenkam, galt erstmalig die sog. 3G-Regel, nach der nur gegen das Coronavirus geimpfte, genesene oder getestete Abgeordnete im Plenarsaal zugelassen waren. Diese Vorgabe quittierte die AfD-Fraktion mit einer bisher beispiellosen Maßnahme: Statt im Plenum nahmen die AfD-Abgeordneten auf der Tribüne Platz. Was für manche Beobachter zunächst wie eine fundamental-oppositionelle Protestaktion aussah, hatte in Wahrheit einen wesentlich ernsteren Hintergrund. In seiner Rede, die er ebenfalls von der Tribüne aus hielt, erklärte der gesundheitspolitische Sprecher Dr. Martin Vincenz die tatsächliche Motivation seiner



Dr. Martin Vincenz (AfD)

Fraktion: „Es ist ein sehr bewusstes Statement, das wir heute setzen. In unseren Reihen gibt es Geimpfte, Genesene und auch Menschen, die sich täglich testen lassen. Wir haben aber auch Leute, die sich eine medizinische Maßnahme nicht von einem Staat vorschreiben lassen möchten. An dieser Stelle sagen wir ganz gezielt: Wir lassen uns nicht teilen. Dann nehmen wir eben alle hier oben Platz!“ Dieser Schritt hatte zudem eine politische Botschaft, wie Dr. Vincenz erklärt: „Wir lassen es auch nicht zu, dass die Gesellschaft über die Frage ‚Geimpft oder ungeimpft?‘ geteilt wird. Denn wie es u. a. Prof. Drosten formulierte: ‚Wir haben keine Pandemie der Ungeimpften, wir haben eine Pandemie!‘“

Impfungen zielen vor allem auf den individuellen Schutz des Geimpften, doch das Infektionsgeschehen spielt sich mittlerweile zu großen Teilen auch unter Geimpften ab. Am Ende ist es nicht das Virus mit einer Sterblichkeit von deutlich unter einem Prozent, sondern der Umgang damit durch die Politik, der unsere Gesellschaft spaltet und Errungenschaften wie die Meinungsfreiheit und andere Grundrechte zu hohlen Phrasen verkommen lässt. Denn längst hat sich herausgestellt: Es ist eine Pandemie des politischen Versagens und der gebrochenen Versprechen!“



Der Plenarsaal: Heiße Deb

Landtag Intern stellt in einer Serie besondere Räume des Parlamentsgebäudes vor. Diesmal: der Raum für die Vollversammlung. Der Plenarsaal ist das Herzstück des Parlamentsgebäudes. Seine runde Form fällt sofort auf, manches Detail hingegen ist nicht auf den ersten Blick zu sehen.



Noch leer: Der Plenarsaal in aktueller Gestalt vor der Vollversammlung.



Die früheren Sessel aus dem Plenarsaal sind heute im „Haus der Parlamentsgeschichte“ zu sehen.



Neue Klimatechnik und ein Stuhl-Schienensystem: Modernisierung im Jahr 2012.

Die Tische werden noch einmal desinfiziert. Alles sieht ordentlich und symmetrisch aus im Plenarsaal. Oben auf der Besucher- und Presse-tribüne bauen Fernsehteams Kameras auf. In einer knappen Stunde beginnt die Sondersitzung des Landtags. Außerplanmäßig kommen die Abgeordneten zusammen, um aus ihrer Mitte einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Noch ist alles still.

Kreisrund

Der Blick fällt auf das gut 6 mal 2,40 m große Landeswappen, das der Künstler Ferdinand Kriwet aus 3.630 Aluminiumzylindern gestaltet hat. Und auf 250 Sitzplätze, die im Kreis angeordnet sind. Ein Zeichen für gleichberechtigten Austausch und eine Vorgabe des damaligen Landtags im Ideen- und Bauwettbewerb für ein neues Landtagsgebäude, als der frühere Parlamentssitz – das Ständehaus – zu klein wurde. Wenn schon eine kreisrunde Sitzanordnung, dann auch ein kreisrunder Saal – so die damalige Grundidee des Architekten Prof. Fritz Eller für seinen Entwurf eines Parlamentsneubaus aus Rundungen und mit viel Glas. Transparenz und Offenheit sind Werte, die Form und Prinzip des Landtagsgebäudes bestimmen. Auch die Anordnung der Plätze von Abgeordneten und Regierung auf einer Ebene ist kein Zufall. Schließlich sind die beiden Verfassungsorgane gleichrangig. Erhöht sitzt nur der Landtagspräsident, der die Sitzungen abwechselnd mit seinen Stellvertreterinnen und seinem Stellvertreter leitet, mit seinen Schriftführerinnen oder Schriftführern, direkt vor dem großen Landeswappen.

Zu sehen sind heute nicht mehr die ersten Stühle und Tische, die zum 1988 eröffneten neuen Landtag gehörten. Ursprünglich hatte der Architekt, dem Parlamentsgebäude entsprechend, Sessel in halbrunder Form gewählt. Manch ein Mitglied des Landtags legte noch ein Sitzkissen hinein, um eine angenehme Arbeitshöhe zu erreichen und nicht darin zu versinken.

Die alten Tische sind Geschichte. Finger- oder auch zwischen den Fingern gehalte-

ne Stifte haben beim Applaudieren mit der flachen Hand auf den Tisch an der immer gleichen Stelle deutliche Spuren der Debattenkultur hinterlassen.

Nach 24 Jahren Benutzung und mehr als 5.500 Stunden Plenarberatungen hatte der Saal im Jahr 2012 Renovierungsbedarf, und zwar nicht nur wegen der Tische. Vorrangig ging es um die Klimatechnik: Kam die Frischluft zuvor aus dem Boden, der mit Teppich ausgeklei-



Regierungserklärung von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) am 3. November 2021

Fotos: Schälte

atten, kühle Köpfe

det war, gelangt die Luft seither über die Tische der Abgeordneten in den Raum – besser ein kühler Kopf als kalte Füße, sagt Irmgard Birn vom Besucherdienst des Landtags, wenn sie Gästen den Raum zeigt. Die Klimatechnik bewährt sich auch in der Corona-Pandemie. Die Luft kann sich nicht mit virusbelasteten stehenden Aerosolen anreichern. Denn die Raumluftanlage leitet permanent Außenluft in den Saal, die durch den Deckenbereich wieder abgesaugt wird. So entsteht ein ständiger Luftzug nach oben.

Neben technischen Erneuerungen spielte auch die Barrierefreiheit im Plenarsaal eine große Rolle bei den Renovierungsarbeiten. Vom Sitzplatz zum Rednerpult gelangen Abgeordnete seitdem nicht nur über Stufen, sondern auch über eine Rampe. Das gilt natürlich ebenso für Gäste, die ohne Barriere an Veranstaltungen teilnehmen können sollen.

Im Zuge der Renovierung im Jahr 2012 bekam der Plenarsaal die neuen Tische für die Klimatechnik und ein modernes Stuhl-Schiensystem. Jeder Stuhl zieht sich nach Benutzung automatisch zurück an den Tisch. An ihren Plätzen haben die Abgeordneten jeweils ein eigenes Mikrofon, etwa um Zwischenfragen während der Debatte zu stellen. Der Landtagspräsident ist Herr der Mikrofone und erteilt das Wort. Zum festen Platz jeder und jedes Abge-

ordneten gehört außerdem eine abschließbare Schublade für persönliche Dinge.

Der Plenarsaal, das Kernstück des Landtags und mit 30 Meter Durchmesser der größte Saal im Landtag, bietet nicht nur Platz für das Parlament und die Regierung. Als Schaufenster des Parlaments verfügt er auch über 336 Plätze auf der Besuchertribüne für Bürgerinnen und Bürger, Gäste des Konsularischen Korps sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien inklusive zweier Sprecherkabinen für eine Live-Kommentierung von Fernsehsendern.

Immer wieder anders

Der Raum füllt sich langsam mit Menschen. Während regulärer Plenarsitzungen kommen und gehen immer wieder Abgeordnete: Essen und Trinken sind im Plenarsaal untersagt, die Sitzungen dauern oft bis spät abends und haben keine Pausen.

Zu jeder neuen Wahlperiode sieht der Plenarsaal etwas anders aus: Wegen Überhang- und Ausgleichsmandaten bei der Landtagswahl variiert die Zahl der Abgeordneten. So nahmen beispielsweise in der 10. Wahlperiode, als das neue Landtagsgebäude eröffnet wurde, 201 Abgeordnete aus zwei Fraktionen Platz. In der 11. Wahlperiode waren es 239 Abgeordnete aus vier Fraktionen. Und in der 15. Wahlperiode sa-



Der Platz des Präsidenten, pandemiebedingt durch Scheiben von den benachbarten Plätzen getrennt.

ßen mit 181 Abgeordneten knapp 60 Menschen weniger im Saal.

Die Tische der 199 Abgeordneten, die dem Landtag in dieser Wahlperiode angehören, zeigen noch keine Abnutzungsspuren. Sie warten noch auf Zeichen jahrzehntelanger parlamentarischer Debatte. Auch heute wird daran wieder gearbeitet. Der Plenarsaal füllt sich zur Sonder-sitzung, die Abgeordneten nehmen ihre Plätze ein.

SOW



„Angriffe gegen die Demokratie“

Parlamentsgespräch zum zunehmenden Antisemitismus in Deutschland

9. November 2021 – 83 Jahre nach den Novemberpogromen hat sich der Landtag mit dem zunehmenden Antisemitismus in Deutschland befasst. Zum Parlamentsgespräch konnte der Präsident des Landtags, André Kuper, zahlreiche Gäste begrüßen. Der Jurist und Publizist Prof. Dr. Dr. Michel Friedman hielt einen Impuls.

„Antisemitismus – Neue Gefahr durch alte Verschwörungsmythen“, so lautete der Titel des mittlerweile 10. Parlamentsgesprächs. Neben Prof. Friedman nahm die frühere Richterin am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Dr. h.c. Gertrude Lübbe-Wolff, teil. Die Netzaktivistin Marina Weisband war per Video zugeschaltet.

In seiner Begrüßung betonte Präsident Kuper, der 9. November sei ein Tag der Erinnerung und „eine Mahnung für alle Demokraten, entschieden gegen alle Formen des Antisemitismus vorzugehen“. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 hatten die Nationalsozialisten Synagogen in ganz Deutschland in Brand gesetzt. Jüdische Bürgerinnen und Bürger wurden verfolgt, misshandelt und getötet, ihre Geschäfte und Wohnungen zerstört. Die Pogromnacht gilt als Auftakt zur systematischen Verfolgung der Juden in Nazi-Deutschland.

Der Präsident mahnte, auch heute seien Verschwörungsmythen Antrieb für Hass und Gewalt. So habe man bei sogenannten Querdenker-Demonstrationen gelbe Sterne mit der Aufschrift „ungeimpft“ sehen können. Die lange Liste an Übergriffen auf jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger und die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen an Synagogen bereiteten ihm Sorgen.

In einem Videogrußwort sagte die Antisemitismusbeauftragte des Landes, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Antisemitismus sei heute sehr sichtbar auf den Straßen. Man müsse ihm in der Gesellschaft begegnen, „präventiv, mit Aufklärung, mit Information, mit Bildung

und mit Aktivität. Wir dürfen solche kruden Erzählungen und Behauptungen nicht unwidersprochen lassen“.

In einem eindringlichen Appell rief Prof. Friedman dazu auf, sich jeden Tag gegen Antisemitismus und Rassismus zu stellen. Diese seien mittlerweile ein Alltagsphänomen. Deutschland brauche daher „Millionen Deutsche, die jeden Tag Antisemitismusbeauftragte“ seien. Er mahnte, Angriffe gegen Jüdinnen und Juden seien Angriffe gegen die Menschenwürde und damit gegen die Demokratie. Dies betreffe alle Bürgerinnen und Bürger.

„Werkzeug für Demokratie“

Der Satz „Was kann ein Einzelner schon tun“ sei nicht richtig, so Friedman weiter. Seine Eltern hätten den Holocaust überlebt, weil sie auf der Liste von Oskar Schindler gestanden hätten. Der Unternehmer hatte während des Zweiten Weltkriegs mehr als 1.000 jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter vor der Ermordung in Vernichtungslagern gerettet. Was Schindler gelungen sei, hätten auch andere tun können, so der Publizist weiter.

In der sich anschließenden Diskussion ging es auch um die Verbreitung von Antisemitismus und Rassismus über die Neuen Medien. Es gebe rechtliche Grenzen der Meinungsfreiheit, betonte Prof. Lübbe-Wolff. Es müsse aber auch einen gesellschaftlichen Konsens geben, dass bestimmte Dinge nicht gesagt würden, auch wenn diese nicht strafbar seien.

Beim Parlamentsgespräch diskutierten auf dem Podium die frühere Verfassungsrichterin Prof. Dr. Dr. h.c. Gertrude Lübbe-Wolff (r.) und der Publizist Prof. Dr. Dr. Michel Friedman. Die Netzaktivistin Marina Weisband war per Video zugeschaltet. Es moderierte Vivien Leue (l.).

Fotos: Zanin



Die Netzaktivistin und Politikerin Marina Weisband verwies darauf, dass derzeit insbesondere die Neue Rechte Soziale Medien für sich zu nutzen wisse. Sie appellierte, die Neuen Medien zu einem „Werkzeug für Demokratie“ zu machen. Dazu müsse jetzt Infrastruktur geschaffen werden. In den Schulen und den Kommunen werde Personal, Zeit und Fachexpertise benötigt, um Jugendliche zu schulen und Betroffenen beispielsweise von Rassismus zu helfen. *wib*

Das Parlamentsgespräch als Video finden Sie im Internet-auftritt des Landtags: www.landtag.nrw.de/Mediathek/Videoportal

Am Vorabend des 9. November 2021 hatte das Junge Ensemble Mariengarden aus Borken in der Bürgerhalle des Landtags das Theaterstück „Zeitspiel“ aufgeführt. Es erzählt die wahre Geschichte von Musikerinnen, die im Vernichtungslager Auschwitz inhaftiert waren und den Holocaust nur durch ihre Mitwirkung in einem Orchester überleben konnten. Zu der Aufführung hatten der Präsident des Landtags, André Kuper, und die Antisemitismusbeauftragte des Landes, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, eingeladen. Sie eröffneten den Abend gemeinsam mit dem Generalkonsul der Republik Polen, Jakub Wawrzyniak.





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Düsseldorfer Altstadt

28.10.2021 – Der Innenausschuss hat sich in einer Aktuellen Viertelstunde mit der Sicherheit in der Düsseldorfer Altstadt befasst. Anlass waren zwei Gewalttaten innerhalb einer Woche. Dabei kam ein 19-jähriger Mann, der mit einer abgebrochenen Glasflasche angegriffen wurde, ums Leben. Ein 17-Jähriger wurde durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Innenminister **Herbert Reul** (CDU) sprach von einem „sehr ernstem Problem“. Regelmäßig hielten sich „Gruppen mit erhöhtem Aggressionspotenzial“ in der Altstadt auf, oft polizeibekannt und mit Migrationshintergrund. Alkohol und Drogen verschärften die Lage. Der Innenminister wies u. a. auf die Zusammenarbeit von Stadt und Polizei hin. Beide hätten ihre Präsenz vor Ort verstärkt. Weitere Maßnahmen würden geprüft, sagte Reul: „Es gibt nicht die eine Lösung.“ Die Düsseldorfer Altstadt sei nur ein Beispiel, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Andere Großstädte in Nordrhein-Westfalen hätten ähnliche Probleme. Es handle sich um „kein Problem der letzten Jahre, sondern der letzten Jahrzehnte“, sagte **Monika Düker** (Grüne). Die Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst sei wichtig. Man müsse aber „an verschiedenen Schrauben drehen“.

Atelier von Joseph Beuys

28.10.2021 – Die ehemaligen Wohn- und Atelierräume von Joseph Beuys im Düsseldorfer Stadtteil Oberkassel stehen zum Verkauf. Der Künstler, dessen 100. Geburtstag in diesem Jahr mit zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen gefeiert wird, hatte dort von 1961 bis zu seinem Tod 1986 gearbeitet und mit seiner Familie gelebt. Mit dem Verkauf der

Wirkungsstätte beschäftigte sich nun auch der Ausschuss für Kultur und Medien. Landeskulturministerin **Isabel Pfeiffer-Poensgen** (parteilos) berichtete, dass das Land bereits 2018 intensiv einen Ankauf und eine mögliche Nutzung geprüft habe, sich jedoch dagegen entschieden habe. In einem schriftlichen Bericht (Vorlage [17/5899](#)) an den Ausschuss heißt es u. a., dass in dem Gebäude kaum noch Spuren der Nutzung durch Beuys und seine Familie vorhanden seien. Die Ministerin erläuterte, die Räume könnten nicht viel Authentizität vermitteln und seien auch „schwer bespielbar“. Der renommierte und international bekannte Aktionskünstler und Bildhauer stammte aus Krefeld und wirkte auch als Professor an der Kunstakademie Düsseldorf.

Kolonialismus

11.11.2021 – Die Landeszentrale für politische Bildung will ihre Aktivitäten um das Thema „Kolonialismus“ erweitern. Dies teilte das Ministerium für Kultur und Wissenschaft dem Hauptausschuss mit (Vorlage [17/5974](#)). Die Beschäftigung mit dem Thema habe in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, heißt es in dem Bericht. Diskutiert werde der Umgang der ehemaligen Kolonialmächte, darunter Deutschland, mit ihrer kolonialen Vergangenheit. Zudem werde die Frage gestellt, „wie sowohl die Folgen konkreten kolonialistischen Unrechts als auch die Nachwirkungen kolonialistisch geprägter Denk- und Verhaltensmuster das Zusammenleben in unserer heutigen Gesellschaft beeinflussen, zu der auch Menschen mit Wurzeln in ehemaligen Kolonialstaaten gehören“. Die Landeszentrale will in diesem Zusammenhang insbesondere mit den NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorten in Nordrhein-Westfalen kooperieren.

Einige von ihnen hätten das Thema bereits aufgegriffen. Geplant sei zunächst eine Bestandsaufnahme zum Stand der Forschung auf diesem Gebiet, berichtete **Klaus Kaiser** (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Es handle sich um ein Thema von „hoher Relevanz“, sagte **Carina Gödecke** (SPD). Bezüge zur Kolonialzeit ließen sich in etlichen Kommunen finden, zum Beispiel bei Straßennamen. **Angela Freimuth** (FDP) empfahl, sich aus Zeitgründen in der nächsten Legislaturperiode intensiver mit dem Thema zu befassen.

Sexualisierte Gewalt im Sport

16.11.2021 – Der Landessportbund Nordrhein-Westfalen hat im Sportausschuss über die Zwischenergebnisse einer Studie zu sexualisierten Grenzverletzungen und Belästigungen im Breitensport berichtet. Es handelt sich um die bundesweit erste Studie zu diesem Thema. Etwa ein Viertel der Vereinsmitglieder (rund 26 Prozent) habe mindestens einmal sexualisierte Grenzverletzungen oder Belästigungen ohne Körperkontakt im Kontext des Vereinssports erlebt, berichtete Martin Wornik, Vorstand des Landessportbunds. Dies sei beispielsweise in Form von anzüglichen Bemerkungen oder unerwünschten Text- oder Bildnachrichten geschehen. Bei rund 19 Prozent der Vereinsmitglieder sei es mindestens einmal zu sexualisierter Belästigung oder Gewalt mit Körperkontakt gekommen. Vereine bräuchten dringend Hilfe, um die Vorgänge aufzuarbeiten. In Nordrhein-Westfalen entstehe derzeit ein flächendeckendes Beratungsnetz. Abgeordnete aller Fraktionen ermutigten den Landessportbund, die Studie fortzusetzen, und sagten ihre Unterstützung bei der Präventionsarbeit zu.

Demokratie-Erlebnis „Jugend-Landtag“

195 Jugendliche nehmen Plätze der Abgeordneten ein

28. - 30. Oktober 2021 – Informieren, Argumentieren, Debattieren: Drei Tage lang haben 195 Jugendliche und junge Erwachsene Ende Oktober die Rolle der Landtagsabgeordneten eingenommen und beim 11. Jugend-Landtag den landespolitischen Alltag hautnah erlebt.



Nach einer coronabedingten Pause im vergangenen Jahr konnte der Jugend-Landtag für 16- bis 20-Jährige in diesem Jahr wieder stattfinden – natürlich unter Einhaltung strenger Pandemiemaßnahmen wie der 3G-Regel. Alle Mitglieder des Jugend-Landtags waren geimpft, genesen oder mehrfach getestet.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Nordrhein-Westfalen am 28. Oktober 2021 zum Auftakt des Jugend-Landtags. Er betonte: „Junge Menschen sind wesentlich politischer, als es ihnen oft unterstellt wird. Klimawandel, Umweltschutz und Rassismus sind Themen, die Jugendliche besonders mobilisieren. Sie wollen mitentscheiden und ihre Zukunft gestalten. Wir möchten mit dem Jugend-Landtag das ‚Erlernen‘ von Demokratie mit ihren Herausforderungen, Institutionen und Regeln fördern und die jungen Menschen für die parlamentarische Demokratie begeistern.“

Der Jugend-Landtag orientiert sich an den regulären Abläufen des Landesparlaments. So schlossen sich die Mitglieder zu Jugend-Land-



Vizepräsidentin Carina Gödecke verabschiedete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 11. Jugend-Landtags.

tagsfraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD zusammen, wählten u. a. Fraktionsvorsitzende, debattierten in Fachausschüssen über Anträge und hörten dazu Sachverständige an. Vor Beginn des eigentlichen Jugend-Landtags nahmen sie zudem an einem Demokratietraining der Landeszentrale für politische Bildung teil.

Drei Stunden Plenarsitzung

Höhepunkt war auch in diesem Jahr die Plenarsitzung am Samstag. Nach dreistündiger engagierter Debatte fasste der Jugend-Landtag mehrheitlich zwei Beschlüsse. Angenommen wurden die Anträge „Digitalisierung von Schulen und Hochschulen“ und „Gegen Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei“. Sie wurden im Anschluss dem Hauptausschuss des Landtags zugeleitet und den Abgeordneten als Parlamentspapier bekannt gemacht.

Die Präsidentin des Jugend-Landtags, Hannah Sellemerten, hatte die Sitzung eröffnet und als ersten Tagesordnungspunkt die Aktuelle Stunde „Geplantes Versammlungsgesetz – so nicht“ aufgerufen.

An der Plenarsitzung nahmen auch Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke und Land-



Der 11. Jugend-Landtag beschloss zwei Anträge.

Fotos: Hartmann

tagsvizepräsident Oliver Keymis sowie weitere Abgeordnete des Landtags teil. Vizepräsidentin Gödecke verabschiedete die jungen Abgeordneten: „Der Jugend-Landtag ist ein Demokratie-Erlebnis. Die jungen Abgeordneten debattieren leidenschaftlich, treten für ihre Standpunkte ein und lernen, Kompromisse miteinander zu finden. Es ist beeindruckend zu sehen, wie engagiert und politisch interessiert junge Menschen in NRW sind. Sie machen hier aber auch an vielen anderen Stellen auf ihre Belange aufmerksam und treten für ihre Interessen ein. Dieses Engagement fördern wir im Landtag Nordrhein-Westfalen ausgesprochen gerne mit dem Jugend-Landtag.“ *red*

Ein Video der Plenarsitzung finden Sie unter www.landtag.nrw.de/Mediathek/ArchivierteAufzeichnungen

Der erste Jugend-Landtag fand 2008 statt. Vorausgegangen war eine Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten in Düsseldorf. Diese fasste den Beschluss, die Jugendarbeit der Landesparlamente zu stärken, um junge Menschen für Demokratie und Politik zu begeistern. An den elf Jugend-Landtagen haben seitdem mehr als 2.000 junge Menschen teilgenommen.



Die Präsidentin des 11. Jugend-Landtags, Hannah Sellemerten, stellte sich gemeinsam mit dem Präsidenten des Landtags, André Kuper, den Fragen der Journalistinnen und Journalisten. Rechts im Bild: der Vorsitzende der Landespressekonferenz, Dr. Tobias Blasius.

Porträt: Daniela Beihl (FDP)



Daniela Beihl ist sportbegeistert – und wegen dieser Leidenschaft ist die 36-Jährige, die eine Start-Zulassung für den Berlin-Marathon im kommenden Jahr hat, in die Politik gegangen: Vor 15 Jahren sollte das einzige Freibad ihrer Heimatstadt Espelkamp im ostwestfälischen Kreis Minden-Lübbecke geschlossen werden. Und Beihl, die als Jugendliche im Verein Fußball gespielt hat und bei Leichtathletik-Wettkämpfen dabei war, wollte das verhindern.

2006 trat die Sportlerin deshalb in die FDP ein. Denn deren langjährige Fraktionsvorsitzende in Espelkamp, Gisela Vorweg, kämpfte leidenschaftlich für das Waldfreibad, das heute gerade von Grund auf neu errichtet wird. In der FDP-Ratsfraktion der rund 25.000 Menschen zählenden Stadt wurde Beihl sachkundige Bürgerin, ging in den Sportausschuss. Im selben Jahr begann sie in Bielefeld ein Studium der Politik- und Medienwissenschaften. „Ich habe auch überlegt, Lehrerin zu werden“, erzählt die Abgeordnete bei einem Gespräch im Landtag. „Doch dann war ich begeistert von meinem Studium und habe mir auch einen Job in der Politik vorstellen können.“

Aus einer „typischen FDP-Familie“ komme sie nicht, sagt Beihl. Ihr Vater hat jahrzehntelang als Tischler gearbeitet, ihre Mutter ist gelernte Schneiderin, ihr 33-jähriger Bruder Koch. Ihr Studium hat die Liberale durch einen Job im Einzelhandel, als Verkäuferin in einem Schuhgeschäft, finanziert. „Eigentlich hätte ich in die SPD eintreten müssen“, lacht sie – aber mit der Partei habe sie sich einfach nicht identifizieren können.

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Daniela Beihl (FDP). Die 36-jährige Politikwissenschaftlerin aus Espelkamp ist u. a. Sprecherin ihrer Fraktion im Wissenschaftsausschuss.

Sie sei eben so erzogen worden, dass sie „eigenverantwortlich und eigenständig durchs Leben gehen“ solle, sagt Beihl – und dieses „Lebensgefühl“ habe sie in ihrer Partei wiedergefunden: „Die FDP glaubt an jeden, will jedem die bestmöglichen Chancen geben – aber jeder soll immer noch eigenverantwortlich handeln können.“

Nach ihrem Master-Abschluss 2012 ging Beihl nach Hannover. Schon in der Landeshauptstadt Niedersachsens arbeitete die Politikwissenschaftlerin im Landtag, war Referentin für Schule, Wissenschaft und Kultur der FDP-Fraktion. 2015 wechselte sie dann an den Rhein, wurde in Düsseldorf Büroleiterin des FDP-Landtagsabgeordneten Marc Lübke.

Selbst Parlamentarierin ist Beihl seit dem 27. Juni 2019. Nachgerückt ist sie für den aus dem rheinischen Langenfeld stammenden Moritz Körner, der ins Europaparlament gewechselt ist. Wie Körner vertritt sie im nordrhein-westfälischen Landtag die FDP im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Fall Anis Amri, der sich mit dem Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz 2016 befasst – und ist Hochschulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Aus Düsseldorf nach Espelkamp zurückgezogen ist die Abgeordnete trotzdem direkt nach Antritt ihres Mandats. „Ich vertrete den Kreis Minden-Lübbecke – deshalb ist es selbstverständlich, dass ich dort lebe und wohne“, sagt Beihl, die sich selbst als „Ostwestfälin durch und durch“ beschreibt. Im Rat ihrer Heimatstadt ist sie FDP-Fraktionsvorsitzende, in Düsseldorf macht sie sich für gute Studienbedingungen stark. Die Hochschulpolitikerin kämpft für ein „auskömmliches“ und vor allem „elternunabhängiges“ BAföG ebenso wie für die Freiheit der Universitäten: Den Versuch Chinas, über seine Konfuzius-Institute Lesungen aus dem Buch „Xi Jinping – der mächtigste Mann der Welt“ zu verhindern, hat sie scharf als „inakzeptabel“ verurteilt.

Als Ostwestfälin freut sich Beihl natürlich über die neue medizinische Fakultät der Universität Bielefeld, die ab diesem Wintersemester 60 Studierende ausbildet. Ein „sehr wichtiges Signal für den ländlichen Raum“ sei das, findet sie – und hofft auf „Klebeeffekte“, die helfen könnten, den immer drängender werdenden Hausärztemangel auf dem Land zu lindern.

Möglich gemacht habe das die „Respektgetragene“ Koalition mit den Christdemokraten. Verbesserte Bildungschancen stünden auch für die kommende Legislaturperiode für Beihl im Fokus ihrer Arbeit. Auf der Landesliste der Liberalen steht Beihl an 24. Stelle – und sollte die FDP wie in aktuellen Umfragen 13 Prozent oder mehr erreichen, zieht der Listenplatz.

Andreas Wyputta

Zur Person

Daniela Beihl wurde am 8. Dezember 1984 in Rahden geboren. Von 2005 bis 2012 studierte sie Politik- und Medienwissenschaften an der Universität Bielefeld. Das Studium schloss sie 2012 mit dem „Master“ ab. Von 2013 bis 2015 arbeitete sie als Wissenschaftliche Referentin der FDP-Fraktion für Kultus, Wissenschaft und Kultur im Landtag Niedersachsen. Von 2015 bis 2019 war sie Wissenschaftliche Referentin/Büroleiterin im Büro des FDP-Landtagsabgeordneten Marc Lübke. Beihl ist seit Juni 2019 selbst Abgeordnete im nordrhein-westfälischen Landtag. Sie rückte für Moritz Körner nach.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Da ich gerne und viel lese, ist die Frage nicht leicht zu beantworten. Ich mag politische Bücher, aber auch Biografien spannender Persönlichkeiten und im Urlaub auch sehr gerne Romane oder Klassiker.

Welche Musik hören Sie gerne?

Es kommt immer auf die Stimmung und die Situation an. Ich mag House- und Popmusik, aber auch mal die 80er oder Jazz.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Joghurt und je nach Saison: Himbeeren, Brombeeren und Heidelbeeren. Ich versuche, mich gesund zu ernähren, aber trotzdem ist auch mal eine Schokolade im Kühlschrank zu finden.

Ihr liebstes Reiseziel?

Am liebsten reise ich zur Erholung nach Italien. Sehr spannend finde ich aber auch Städtereisen nach New York oder Rom.

Kurz notiert

Justizministerin

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 18. November 2021 die Justizministerin der Republik Ungarn, Dr. Judit Varga, empfangen – gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Parlamentariergruppe Polen, Mittel- und Osteuropa, Baltikum, Josef Neumann. An dem Treffen nahm auch der neue ungarische Generalkonsul Gergő Szilágyi teil. Kuper sagte: „Als Mitglieder der Europäischen Union haben Deutschland und Ungarn sich verpflichtet, in Europa für Frieden, Freiheit und Wohlstand einzutreten. Die Achtung der europäischen Werte der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit muss dabei stets geachtet werden. Denn trotz unterschiedlicher Sichtweisen können wir nur durch ein starkes Miteinander die Herausforderungen und Krisen in Europa bewältigen.“ Der Präsident ist auch Vorsitzender der Parlamentariergruppe Polen, Mittel- und Osteuropa, Baltikum.

Gelbe Schleife

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 12. November 2021 die „Gelbe Schleife“ der Bundeswehr entgegengenommen. Der Kommandeur des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen, Brigadegeneral Dieter Meyerhoff, übergab sie am 66. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr im Landtag. Sie symbolisiert Solidarität, Dankbarkeit und Respekt gegenüber der Bundeswehr und ist nun dauerhaft neben dem Eingang zum Plenarsaal zu sehen. Präsident Kuper würdigte die Bundeswehr als Friedensarmee: „Die Bundeswehr hat sich in 66 Jahren auf immer neue Herausforderungen und veränderte Sicherheitslagen eingestellt. Sie war vom ersten Tag an eine Parlamentsarmee, deren Einsätze vom Bundestag genehmigt werden. Sie ist damit Teil der wehrhaften Demokratie und tief verwurzelt in unserer Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen ihrer Leistungsfähigkeit – nicht nur bei schwierigen Auslandseinsätzen, sondern auch vor Ort.“

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 21. Dezember 2021.

Mahnmal aus Elektroschrott

Mit seiner Elektroschrott-Skulptur „Der Wertigant“ will der Kölner Künstler HA Schult ein Zeichen gegen die „Wegwerfgesellschaft“ setzen. Sie setzt sich zusammen u. a. aus Fernsehgeräten, Laptops und Waschmaschinen. Das fast 6 Meter hohe und eine Tonne schwere Kunstwerk wird in ganz Deutschland gezeigt – Ende Oktober machte es für fünf Tage Station auf dem Vorplatz des Landtags. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Der Wertigant setzt ein Zeichen gegen Verschwendung und Wegwerfmentalität. Die Bewahrung unserer Schöpfung, der Schutz unserer Umwelt ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft und für jeden Einzelnen.“
Foto: Schälte

